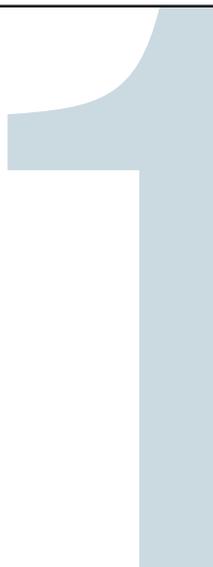




Integrationskonzept der Stadt Bochum

Grundlagen
für die
Integrationsarbeit

| | | |
|------|--|----|
| 1 | Vorworte | 4 |
| 2 | Einleitung | |
| 2.1 | Zuwanderung in Bochum | 6 |
| 2.2 | Wer sind die „Menschen mit Migrationshintergrund“? | 7 |
| 2.3 | Ein Integrationskonzept für die Stadt Bochum | 8 |
| 3 | Integration in Bochum - 9 Grundsätze | 10 |
| 4 | Grundlagen | |
| 4.1 | Der Begriff Integration | 11 |
| 4.2 | Eckpunkte einer gelingenden Integration | 12 |
| 4.3 | Integrationsportal der Stadt Bochum | 13 |
| 4.4 | Integrationsmonitoring - Berichtswesen | 14 |
| 4.5 | Gender Mainstreaming | 15 |
| 5 | Handlungsfelder | |
| 5.1 | Bildung für alle | 16 |
| 5.2 | Sprache als Mittlerin | 18 |
| 5.3 | Der Wert der Arbeit | 20 |
| 5.4 | Zusammenleben in der Stadtgesellschaft | 21 |
| 5.5 | Unsere Zukunft - Kinder und Jugendliche | 22 |
| 5.6 | Älter werden in Bochum als Mensch mit Zuwanderungsgeschichte | 24 |
| 5.7 | Gesundheit für alle | 26 |
| 5.8 | Stadt der Kulturen | 29 |
| 5.9 | Interkulturelle Öffnung der Stadtverwaltung Bochum | 30 |
| 5.10 | Integration durch Sport | 32 |
| 6. | Integration hat Perspektive - Wie es in Bochum weitergeht | 34 |
| | Anhang | |
| A | Maßnahmenvorschläge | 36 |
| B | Literaturverzeichnis | 43 |



**Vorwort der Oberbürgermeisterin
der Stadt Bochum,
Dr. Ottilie Scholz**

Die gelingende Integration zugewanderter Menschen ist eine der wesentlichen Zukunftsherausforderungen für die Städte im Ruhrgebiet. Angesichts des demographischen Wandels kommt es nicht nur darauf an, den Rückgang und die tendenzielle Alterung der Gesamtbevölkerung zu bewältigen. Von zentraler Bedeutung ist vor allem die Nutzung der Chancen, die in der gewachsenen kulturellen, muttersprachlichen und religiösen Vielfalt der hier lebenden Menschen liegen: also Integration im Sinne von Chancengleichheit und aktiver Teilhabe der Zugewanderten.

Unsere Stadt nimmt die Herausforderung an. Wir wollen die Chancen der Vielfalt nutzen und mehren, ihre Risiken mindern.

Der breit angelegte Prozess der Konzeptentwicklung hat auf beeindruckende Weise gezeigt, wie engagiert und kompetent sich die Bochumerinnen und Bochumer mit und ohne Zuwanderungsgeschichte für ein friedliches und gleichberechtigtes Zusammenleben einsetzen.

Ich hoffe, dass dieses Engagement auch anhält, wenn es in den nächsten Jahren darum geht, die Erkenntnisse aus dem Arbeitsprozess und die im Konzept erarbeiteten Ziele und Maßnahmenvorschläge schrittweise umzusetzen.

Allen, die sich beteiligt haben, gilt mein aufrichtiger und herzlicher Dank. Alle, die künftig mitarbeiten wollen, sind herzlich dazu eingeladen.

Vorwort des Vorsitzenden des Ausschusses für Migration und Integration, Johannes Scholz-Wittek

Das „Integrationskonzept für die Stadt Bochum“ geht auf Beschlüsse des Rates der Stadt Bochum und des Ausschusses für Migration und Integration (AMI) zurück.

Nicht nur das. Die Mitglieder des AMI waren auch aktive Mitwirkende in den Expertenforen, die die Schwerpunktthemen bearbeitet haben.

Diese Art der Zusammenarbeit von Politik, Verwaltung, Freien Trägern und Migrantenselbstorganisationen stellt eine qualitative Weiterentwicklung der bisher bewährten Kooperation in Richtung beteiligungsorientierter Stadtpolitik dar.

Integration kann eben nicht verordnet werden. Sie kann nur gelingen, wenn sie miteinander erstritten und erarbeitet wird. Insofern ist das nun vorliegende Konzept zweierlei: Es ist das Ergebnis eines Prozesses, in dem die Integration vielfältigster Akteure gelungen ist, und es ist die Grundlage für die weiteren Anstrengungen der Bochumer Integrationspolitik in den kommenden Jahren.



Vorwort der Integrationsbeauftragten der Stadt Bochum, Nurhan Dogruer-Rütten

Der Prozess, der zum nun vorliegenden Integrationskonzept geführt hat, macht viel Mut für die vor uns liegende Realisierung der Empfehlungen. Die Kreativität, das Engagement und die Zuverlässigkeit unserer Partnerinnen und Partner hat das Team des Integrationsbüros begeistert und immer wieder neu motiviert.

Wir freuen uns auf die weitere Zusammenarbeit mit Ihnen. Es gibt genug zu tun. Gemeinsam können wir Integration gestalten.



2.1 Zuwanderung in Bochum

Der Beginn der Zuwanderung ins damals noch rein ländliche Ruhrgebiet fällt mit dem Start der Industrialisierung in unserer Region zusammen. Der technische Entwicklungsschub in Bergbau und Stahlindustrie zog einen enormen Bedarf an Arbeitskräften nach sich, der nicht alleine aus dem Umfeld der wachsenden Revierstädte gesättigt werden konnte. Die eingewanderten Arbeitskräfte kamen in mehreren Schüben und aus unterschiedlichen Herkunftsländern. Die neuen Arbeitgeber in Bergbau und Stahlindustrie lockten vor allem mit höheren Löhnen, teilweise mit „Haus und Garten“, d.h. für die Neuzuwanderer auch mit der Möglichkeit der Existenzsicherung durch zusätzlichen Gemüseanbau auf kleinen Gartenflächen und Kleintiernutzhaltung. So entstanden die bekannten „Arbeiterkolonien“.

In der Gründerzeit (ab 1870, vor allem aber ab 1890) setzte eine wahre Masseneinwanderung aus den weiter entfernten preußischen Ostprovinzen, aus Posen und (Ober-)Schlesien, West- und Ostpreußen ein, wo neben Deutschen auch Polen und Masuren lebten. Dazu gesellten sich schon damals Arbeitskräfte aus dem europäischen Ausland, z. B. aus Italien, Holland, Österreich, der Tschechoslowakei und Belgien.¹

Ab 1880 verstärkte sich die Ost-West-Wanderung aus dem preußischen Osten ins Ruhrgebiet. Polnische und masurische Kräfte arbeiteten in der Industrie, vor allem in Bergbau, Hüttenwesen, Baugewerbe und Ziegelherstellung. Sie waren ungelernt, manchmal arbeiteten sie nur saisonal, leisteten häufig längere Arbeitszeiten und erhielten niedrigere Löhne als die deutschen Arbeitskräfte.

In der Folge bildeten die Polen, aber auch die Masuren ein eigenständiges Arbeitermilieu in den Städten des Ruhrgebiets. Die Bevölkerung wuchs ständig: 1871 lebten im Ruhrgebiet 536.000 Menschen, 1910 waren es bereits drei Millionen. Eine halbe Million waren polnischer oder masurischer Herkunft. Schätzungen gehen davon aus, dass heute circa ein Drittel der 5,3 Millionen Menschen des Ruhrgebiets entsprechende Wurzeln hat. Dazu zählen die Nachkommen ebenso wie die dort lebenden Auslandspolen und die Polen, die erst nach dem 2. Weltkrieg emigrierten und die deutsche oder doppelte Staatsbürgerschaft erhielten, da ihre Familien vor dem Krieg in den ehemaligen deutschen Ostgebieten Reichsbürger waren. Damit ist das Ruhrgebiet theoretisch die größte polnische Gemeinschaft außerhalb Polens.²

Die ungebremsste Expansion der Wirtschaft endete in der Weltwirtschaftskrise. Die Arbeitslosenquote im Ruhrgebiet lag bei 31,2 %. Nach der Machtergreifung der Nationalsozialisten wurden auch in Bochum alle öffentlichen und zivilen Institutionen „gleichgeschaltet“. Das betraf ebenso die Organisationen der polnischen Minderheit, deren Räumlichkeiten kurz vor Beginn des 2. Weltkrieges durchsucht und geschlossen wurden. Direkt nach Beginn des Krieges wurden die Organisationen verboten, ihre Liegenschaften beschlagnahmt und vor allem die Aktiven der polnischen Organisationen in ein KZ, meistens in das KZ Sachsenhausen, gebracht. Einige von ihnen, darunter auch Menschen aus Bochum, wurden dort ermordet. Weitere Opfer der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft und unfreiwillige „Zuwanderer“ waren die zahlreichen Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter und Kriegsgefangenen in Bochum. Im Herbst 1944 waren 32.500 Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter in mehr als 100 Lagern in Bochum registriert. Viele der Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter überlebten die Zeit in Bochum nicht, insbesondere da sie im Gegensatz zur sonstigen Zivilbevölkerung den zahlreichen alliierten Bombenangriffen nahezu schutzlos ausgesetzt waren. Am 10. April 1945 endete für Bochum der 2. Weltkrieg mit dem Einmarsch der Amerikaner.



Nach dem Krieg bis in die fünfziger Jahre hinein hieß die Losung für den Wiederaufbau: „Auf den Bergmann kommt es an“. Zwischen 1950 und 1961 hatte - trotz Fluktuation - jeder vierte bis fünfte Bergmann einen Flüchtlingshintergrund.³ Auch dank dieser Zuwanderung florierte die Bochumer Wirtschaft wieder. Ende der fünfziger Jahre bis weit in die sechziger Jahre begann der Niedergang des Bergbaus und das „Zechensterben“ im Ruhrgebiet - bei gleichzeitigem weiteren Aufschwung der Stahlindustrie. Insbesondere die Ansiedlung des Opelwerkes 1962 zur Fertigung des Opel-Kadett führte zu weiterem Arbeitskräftebedarf. Die „Gastarbeiter“ aus diesen Jahrzehnten wohnten meistens in billigen Wohnunterkünften, „Ledigenwohnheimen“ oder anderen Gemeinschaftsunterkünften. Von Familiennachzug war zu dieser Zeit noch keine Rede.

In den siebziger Jahren wuchs durch die beschriebenen Wanderungsprozesse der Anteil der ausländischen Bevölkerung wieder stark an: Er verdoppelte sich von 12.052 im Jahre 1970 auf 25.801 im Jahre 1980.⁴ Hier hat der sog. „Familiennachzug“ eine große Rolle gespielt. Die Zuwanderer richteten sich auf Dauer in ihrer „Gastheimat“ ein, holten die Familienmitglieder nach und errichteten eine Infrastruktur aus Lebensmittelläden und Gaststätten ihrer jeweiligen Herkunftsländer. So entstanden z.B. rund um die Krupp-Werke in Stahlhausen oder nahe der Steinfabrik von Dr. C. Otto in Unterdahlhausen erneut „Einwandererkolonien“ mit vornehmlich türkisch geprägter Infrastruktur, während viele Arbeitseinwanderer aus den übrigen Anwerbestaaten in ihre Heimatländer zurückgekehrt waren.⁵

Seit den achtziger Jahren fanden Flüchtlings- und Wanderungsbewegungen zum einen aus dem ehemaligen „Ostblock“ statt: Die Gruppe der „Russlanddeutschen“ stieg neben der türkischstämmigen Bevölkerung zur zweitstärksten Einwanderergruppe auf. Zum anderen folgten Wellen aus dem von Bürgerkrieg zerrissenen Jugoslawien und aus anderen Krisengebieten der Welt. Zeitweilig wurden so in den achtziger und neunziger Jahren des vorigen Jahrhunderts wieder Notunterkünfte, sogar Container für Flüchtlinge eingerichtet.

Auch wenn das Ruhrgebiet und Bochum nicht wirklich als „Schmelztiegel“ im Sinne einer assimilierenden Integration der Ethnien und Kulturen bezeichnet werden können, so ist doch die historische und gelebte Erfahrung von zwei Jahrhunderten Zuwanderung eingemündet in eine gelassene Toleranz, die die Basis für eine gelingende Integration ist.

2.2 Wer sind die „Menschen mit Migrationshintergrund“?

In vielen kommunalen Statistiken wird die Bevölkerung noch nach Passzugehörigkeit in die Gruppen Ausländer und Deutsche unterteilt. Das Paradigma „Ausländer-Inländer“ ist in Forschung und Praxis schon seit einigen Jahren abgelöst worden durch die Kategorie „Menschen mit / ohne Migrationshintergrund“. Gemeint ist mit dieser Einteilung, dass die betreffenden Personen entweder selbst zugewandert sind oder durch ihre Familie über diese „Zuwanderungsgeschichte“ verfügen.⁶ Zuerst durchgeführt wurde diese Zählweise bei der PISA-Erhebung, später bei der Erhebung des Mikrozensus im Jahre 2005.⁷ Dabei stellte man erstmals fest, dass ein Fünftel der Bevölkerung über einen „Migrationshintergrund“ verfügt. Das sind rund 15,3 Millionen Menschen bundesweit. Diese Zahl ist doppelt so hoch wie die der „Ausländerinnen und Ausländer“. Insgesamt ist dabei die Zahl der Personen ohne eigene Migrationserfahrung höher als die derer, die noch eine eigene Zuwanderung erlebt haben. Dieses Verhältnis wird sich im Laufe der Zeit noch stärker zu Lasten der persönlichen Migrationserfahrung verändern.⁸



Das Bundesamt für Statistik definiert das Vorliegen eines Migrationshintergrundes folgendermaßen: „Zu den Menschen mit Migrationshintergrund zählen alle nach 1949 auf das heutige Gebiet der Bundesrepublik Deutschland Zugewanderten sowie alle in Deutschland geborenen Ausländer und alle in Deutschland als Deutsche Geborenen mit zumindest einem zugewanderten oder als Ausländer in Deutschland geborenen Elternteil.“⁹

Unter den Menschen mit Migrationshintergrund, die selbst über keine eigene Migrationserfahrung verfügen, stellen die 2,7 Millionen Deutschen ohne persönliche Migrationserfahrung die größte Gruppe (18 %). Es handelt sich dabei um die Kinder von Eingebürgerten, von Spätaussiedlern oder von Ausländern.¹⁰

Die statistischen Projektionen aus dem Mikrozensus 2005 weisen darauf hin, dass im Jahre 2010 in der Bundesrepublik Deutschland circa 40 % der Personen unter 40 Jahren einen Migrationshintergrund aufweisen werden.

Für die Stadt Bochum hat das Integrationsbüro auf der Basis der Haushaltszählung und der Einwohnerstatistikdatei mit Stand vom 31.12.2008 die ausländischen Einwohnerinnen und Einwohner und die Deutschen mit 2. Staatsangehörigkeit dargestellt. Während der „Ausländeranteil“ in der Stadt Bochum 8,8 % beträgt, ist der Anteil Ausländer plus Deutsche mit 2. Staatsangehörigkeit schon mit 14,7 % zu beziffern.

Dabei ist eines immer zu beachten: Das Vorliegen eines Zuwanderungshintergrundes ist nicht automatisch mit einem Förderbedarf verknüpft. Denn hinter der Bevölkerungsgruppe mit Zuwanderungsgeschichte verbergen sich die unterschiedlichsten Nationalitäten, Ethnien und Bildungsstände. So haben die Kinder von Eingebürgerten z. B. in der Regel höhere Qualifikationen als vergleichbare Kinder „ausländischer“ Eltern.¹¹

2.3 Ein Integrationskonzept für die Stadt Bochum

Im Jahr 2006 ist die Regionale Arbeitsstelle zur Förderung von Kindern und Jugendlichen aus Zuwandererfamilien, kurz RAA, mit der Geschäftsstelle AMI zu einer organisatorischen Einheit „Integrationsbüro“ zusammengeführt worden. Der Verwaltungsvorstand beauftragte das Integrationsbüro, ein Integrationskonzept für die Stadt Bochum zu erstellen. Im März 2006 heißt es in der Entscheidungsvorlage für den Verwaltungsvorstand der Stadt Bochum ausdrücklich als Zielvorgabe:

„Der Gesamtprozess soll dazu führen, dass für alle Beteiligten (Verwaltung, freie Akteure, betroffene Zuwanderer) Transparenz über die vorhandenen Angebote und die damit verbundenen Kapazitäten hergestellt wird, ..., sowie Instrumente zur strategischen Steuerung der Integrationsarbeit in Bochum entwickelt und umgesetzt werden.“

Nach einer verwaltungsinternen und -externen Bestandsaufnahme der Gruppen, die mit dem Fachthema „Migration und Integration“ organisatorisch befasst sind, wurde der Prozess durch die Durchführung der ersten Bochumer Integrationskonferenz am 15.09.2006 in Gang gebracht.¹²

Dr. Otilie Scholz, Oberbürgermeisterin der Stadt Bochum, verwies auf Traditionen: „Das Ruhrgebiet und mit ihm Bochum haben eine jahrzehntelange Tradition in der Integration zugewandelter Mitmenschen.“¹³ Sie benannte die parallelen Bemühungen von Bund, Ländern und Gemeinden, den Prozess der Integration professionell zu begleiten und schloss mit dem Appell an alle Akteure: „Diese Konferenz ist somit ein Einstieg in diese Form kontinuierlicher Integrationspolitik.“

Sie alle sind heute und in den nächsten Monaten herzlich eingeladen, in den fünf Fachforen mitzuwirken. Leisten Sie Ihren Beitrag dazu, dass innerhalb des nächsten Jahres Leitlinien formuliert und Handlungsvorschläge entwickelt werden, die dem Rat der Stadt Bochum als Entscheidungsgrundlage für einen integrationspolitischen Grundsatzbeschluss dienen sollen.¹⁴

Der Minister des Landes NRW für Generationen, Familie, Frauen und Integration, Armin Laschet, begleitete die Konferenz ebenfalls mit einer Grundsatzrede. Er betonte: „Ich ermuntere Sie, an der Fortentwicklung des Programms konstruktiv mitzuarbeiten, indem Sie auf dieser Konferenz ein Leitbild für Bochum als Stadt des gleichberechtigten Miteinanders entwickeln. Ich wünsche der Stadt Bochum weiterhin viel Erfolg bei der strategischen Steuerung der Integrationsarbeit, die bereits erfolgreich aufgenommen wurde.“¹⁵

Auf der ersten Integrationskonferenz der Stadt Bochum bildeten sich fünf Fachforen, die binnen Jahresfrist Bestandsaufnahme, Ziele und Maßnahmen zu ihrem Handlungsfeld festlegten. Am 31.05.2007 fand im großen Ratssaal der Stadt Bochum eine Zwischenkonferenz aller über die Foren beteiligten Akteure statt, in der Querschnitte, Parallelitäten und redundante Teile der Berichte der Foren abgeglichen wurden. Am 27.10.2007 wurden die Ergebnisse in einer zweiten Integrationskonferenz im Stadtarchiv der Stadt Bochum den beteiligten Akteuren und der erweiterten Fachöffentlichkeit vorgestellt. Auf diesen Ergebnissen basiert die vorliegende Fassung des Integrationskonzeptes für Bochum. Die Arbeitsergebnisse der Fachforen Bildung, Sprachförderung, Beschäftigung, Wohnen, Arbeit mit Kindern und Jugendlichen sind auf der Homepage des Integrationsbüros unter www.bochum.de/integrationskonzept abrufbar. Die Handlungsfelder Senioren, Gesundheit, Kultur, Interkulturelle Öffnung der Verwaltung und Sport sind auf der Grundlage eines Beschlusses des AMI in die Bearbeitung mit aufgenommen worden. Hierbei bestand zunächst die Aufgabe, Leitziele zu formulieren, damit diese in die Gesamtkonzeption mit aufgenommen und verabschiedet werden können. In allen Handlungsfeldern soll der Aspekt des Gender Mainstreaming beachtet werden.

Nun liegen für alle zehn Handlungsfelder Ziele vor, die eine Grundlage für weiteres Handeln sind.

Neun Grundsätze

- 1 Wir verstehen Integration in Bochum als andauernden Prozess in der Entwicklung der Stadtgesellschaft.
- 2 Dabei orientieren wir uns an den Potenzialen der in Bochum lebenden Menschen.
- 3 Das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland ist die Basis unseres gemeinsamen Handelns.
- 4 Unser Handeln ist von gegenseitigem Respekt geprägt.
- 5 Indem wir die Integration als Prozess organisieren, antworten wir auf die Herausforderungen des demographischen Wandels für die Kommune.
- 6 Integration in der Kommune bedeutet für uns, dass Einheimische und Zugewanderte einen Dialog auf gleicher Augenhöhe führen.
- 7 Wir verpflichten uns, gleichberechtigte Teilhabe und politische Partizipation für alle Mitglieder der Stadtgesellschaft zu ermöglichen.
- 8 Wir bekämpfen alle Formen von Diskriminierung, wie Rassismus, Antisemitismus, religiöse und ethnische Verfolgung und fördern die Entwicklung der Vielfalt in Bochum.
- 9 Voraussetzung von gelingender Integration ist die interkulturelle Öffnung aller Institutionen in Bochum.



4.1 Der Begriff der Integration

Die Soziologie unterscheidet systemische und soziale Integration. Der Bereich Migration wird eher durch den Begriff der Sozialintegration beschrieben: „Sozialintegration kann man also definieren als die Inklusion und Akzeptanz von Migranten in Institutionen, Netzwerken und Positionen einer Gesellschaft. Der Prozess der Integration ist als interaktiver dialektischer sozialer Prozess zwischen Zuwanderern und der Aufnahmegesellschaft zu verstehen und erfolgt generationenübergreifend.“¹⁶

Friedrich Heckmann hat schon früh drei Stadien der Integration definiert: die assimilative, die pluralistische und die interaktionistische Integration.¹⁷ Die assimilative Integration dringt auf das Ablegen der Kultur der zu integrierenden Personen, die pluralistische Integration will das Nebeneinander der Kulturen von Aufnehmenden und Zuwanderern ohne ihre Durchdringung, bei der interaktionistischen Integration übernimmt die Aufnahmekultur Elemente der zu integrierenden Kultur(en) und implementiert sie in ihr eigenes Werte- und Bezugssystem.¹⁸

Bezogen auf die Evaluation einer vollzogenen Integration der Zuwanderinnen und Zuwanderer hat das vierstufige Integrationsmodell von Friedrich Heckmann weite Verbreitung gefunden. Es unterscheidet:

- _ Strukturelle Integration
- _ Kulturelle Integration
- _ Soziale Integration
- _ Identifikatorische Integration

Bei der strukturellen Integration wird eingeschätzt, inwieweit ein Mitglied der Gesellschaft – in diesem Fall der Zuwanderer - in die „Kerninstitutionen der Aufnahmegesellschaft“¹⁹ eingegliedert ist. Zuerst geht es um die rechtliche Integration: Wie weit ist ein zugewandertes Mitglied der Gesellschaft den aufnehmenden Mitgliedern rechtlich gleichgestellt? Hier ist der Prozess der Integration nach allgemeinem Verständnis am weitesten fortgeschritten, doch nur das Monitoring über Indikatoren kann verlässliche Informationen zur rechtlichen Gleichstellung leisten.

Weiterhin zählen folgende Bereiche zur strukturellen Integration: Die Integration in das Bildungssystem, die Integration im Sektor Beschäftigung und die Integration im Sektor Wohnen. Bildung und Beschäftigung als zentrale Parameter werden später noch beschrieben. Die Partizipation am Wohnungsmarkt dagegen lässt sich einerseits durch Konzentrationsprozesse von Ausländerinnen und Ausländern in Wohnvierteln beschreiben, im Bereich Eigentum andererseits auch durch den Anteil der ausländischen Bevölkerung an der Bildung von Wohneigentum.²⁰

Die kulturelle Integration bezieht sich auf die Sprachentwicklung und den Erwerb neuer kultureller Muster. Hier ist der Indikator vor allem der Anteil der Kinder mit Zuwanderungsgeschichte, bei denen unzureichende Deutschkenntnisse für den Schulbesuch diagnostiziert werden, an der Gruppe aller einzuschulenden Kinder mit Zuwanderungsgeschichte.

Soziale Integration bezieht sich auf die Durchdringung der Lebensbereiche im sozialen Austausch, Nachbarschaften, Freundschaften, Partnerwahl und Mitgliedschaften in der Aufnahmegesellschaft. Hier lassen sich vielfache Indikatoren bilden, beispielhaft seien der Anteil von Ausländerinnen und Ausländern²¹ mit einer mehr als 20jährigen Aufenthaltsdauer (an allen Ausländerinnen und Ausländern) genannt oder auch der Anteil binationaler Ehen oder letztlich die zu messenden Sozialkontakte im Wohnviertel.

Die identifikatorische Integration in die Aufnahmegesellschaft schließlich lässt sich möglicherweise mit der Einbürgerungsquote darstellen.²²

In den Integrationskonzepten der Kommunen finden sich bundesweit die verschiedensten Begriffsbestimmungen von „Integration“. Dies ist der Unschärfe des Begriffes selbst geschuldet, aber auch der mehr handlungsorientierten Verwendung in der Integrationsarbeit der Kommunen. Die Doppeldeutigkeit des Begriffes benennt auch Friedrich Heckmann: „Zusammenfassend formuliert steht Integration also für die Angleichung von Lebenslagen und die kulturelle und soziale Annäherung zwischen Einheimischen und Migranten. In diesem Sinne ist Integration nicht nur eine analytische Kategorie zur Beschreibung eines komplexen Prozesses, sondern auch ein politisch-gesellschaftliches Ziel.“²³

4.2 Eckpunkte einer gelingenden Integration

Die Notwendigkeit einer zukunftsweisenden Integrationspolitik wurde schon zur Jahrtausendwende vom damaligen Bundespräsidenten Johannes Rau in seiner richtungweisenden „Berliner Rede“ betont:²⁴

„Wie wir miteinander leben, das ist eines der wichtigsten Themen überhaupt, wenn wir an die Zukunft unserer Gesellschaft denken. Wir müssen uns mit diesem Thema beschäftigen, ..., weil Abwarten die Probleme, die es gibt, nicht löst, sondern größer macht, ..., weil es letztlich darum geht, ob wir gemeinsam an einer guten Zukunft für alle arbeiten können.“²⁵

Die Rede endet mit dem Appell: „Ich wünsche mir ein vielfältiges und lebendiges Deutschland - friedlich und weltoffen Es kommt nicht auf die Herkunft des Einzelnen an, sondern darauf, dass wir gemeinsam die Zukunft gewinnen.“²⁶

Diesem gesellschaftlichen Ideal verpflichtet hat die Integrationskonferenz der Stadt Bochum den Beginn gelegt für einen ergebnisoffenen, andauernden Prozess, der nicht nur Zugewanderte und Einheimische einbezieht, sondern auch aktiv die Entwicklung der Stadt Bochum und des Gemeinwesens fördert.

Auf der 1. Integrationskonferenz, die am 15.09.2006 stattfand, stellte Prof. Dr. Krummacher als wissenschaftlicher Berater und Unterstützer des Prozesses die allgemeinen Leitziele der Integrationsarbeit, abgeleitet aus dem derzeitigen Stand der wissenschaftlichen Diskussion, wie folgt vor:

„Ausgehend vom Grundsatz der Integration auf Gegenseitigkeit zwischen Zugewanderten und Mehrheitsgesellschaft gehören dazu folgende Eckpunkte:

1. **Förderung von Gleichberechtigung und sozialer Chancengleichheit,**
2. **Förderung von gesellschaftlicher Teilhabe und politischer Partizipation,**
3. **Integrationsbereitschaft der Zugewanderten und der Mehrheitsgesellschaft,**
4. **gegenseitiger Respekt vor religiöser und kultureller Andersartigkeit im Rahmen der Menschenrechte und des Grundgesetzes,**
5. **Förderung von interkulturellem Austausch, Zusammenleben und der Konfliktaustragung mit friedlichen Mitteln.“²⁷**

Diese allgemeinen Ziele wurden von den fünf Fachforen, die sich im Anschluss an die 1. Integrationskonferenz bildeten, im Laufe des Prozesses in konkrete Ziele für das jeweilige Handlungsfeld ausformuliert.²⁸



Ich lerne Deutsch!

Projekte und Angebote

gesucht  **gefunden**
im Integrationsportal
www.bochum.de/integrationsbuero

4.3 Integrationsportal der Stadt Bochum

Eine der vordringlichsten Aufgaben des Integrationsprozesses war es, eine Bestandsaufnahme vorhandener Integrationsprojekte, -angebote und -maßnahmen durchzuführen und diese Informationen für eine breite Öffentlichkeit bereit zu stellen.

Nach intensiver Recherche sind die Ergebnisse in einer Datenbank akkumuliert, und seit dem 1.2.2007 steht das Integrationsportal der Öffentlichkeit zur Verfügung. Aktuell sind über 200 Angebote unter <http://integrationsportal.bochum.de> abrufbar.

Mit diesem Portal konnte der Bochumer Bevölkerung eine bisher nicht existierende Möglichkeit eröffnet werden, Beraterinnen und Berater, Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Behörden, Kursträger, Verbände und Vereine etc. schnell und übersichtlich zu identifizieren, Informationen über die entsprechenden Integrationsangebote zu erhalten und schließlich einen passgenauen Integrationsweg zu erarbeiten.

4.4 Integrationsmonitoring _ Berichtswesen

Die Erfolge oder Misserfolge des interkulturellen Prozesses lassen sich im Zeitverlauf nur durch ein nachvollziehbares Monitoring evaluieren. Zeitreihen der Entwicklung von sozialen Lagen und Bedarfen der Bevölkerung mit und ohne Zuwanderungsgeschichte können Informationen zum Integrationsprozess und zu seiner Steuerung liefern.

Ohne eine ausreichende Datenlage sind diese Erhebungen jedoch nur unzureichend. Daher ist in Zusammenarbeit mit dem Institut ZEFIR der Ruhr-Universität Bochum ein eigenes Indikatorenset „Integration“ entwickelt worden. Ab August 2009 kann mit verlässlichen Zahlen Effekte und Effektivität der Integrationsarbeit gemessen werden. Neben allgemeinen Entwicklungen können zum Teil auch Maßnahmen evaluiert werden.

Dabei hat die Erfassung des Migrationshintergrundes, insbesondere für die Bereiche Bildung, Ausbildung, Arbeit und Gesundheit, erste Priorität.

Ohne eine genaue Beschreibung der Zielgruppen bleibt die Analyse der Daten ungenau und ist nicht repräsentativ mangels genauer Abgrenzung von Grundgesamtheit und Stichproben.

Bisher konnten folgende Handlungsfelder analysiert werden:

- | | |
|----------------------|--|
| Bildung | <ul style="list-style-type: none">_ Schulübergangsquoten nach Staatsangehörigkeit deutsch-nichtdeutsch und Geschlecht _ Bildungsabschlüsse nach Staatsangehörigkeit deutsch-nichtdeutsch und Geschlecht |
| Gesundheit | <ul style="list-style-type: none">Ergebnisse der Schuleingangsuntersuchung<ul style="list-style-type: none">_ nach Migrationshintergrund und Geschlecht_ nach Indikatoren der Entwicklung (Motorik, Sprachkompetenz etc.)_ nach Teilnahme an Vorsorge (U1 bis U9)_ nach Beeinträchtigungen (Sehschärfe, Hörstörung, Adipositas)_ nach Kindergartenbesuch_ nach Förderbedarf (sonderpädagogisch, Sprachförderung etc.) |
| Beschäftigung | <ul style="list-style-type: none">_ Arbeitslosigkeit nach Staatsangehörigkeit deutsch-nichtdeutsch und Geschlecht _ SGB II-Bezug nach Staatsangehörigkeit deutsch-nichtdeutsch und Geschlecht |

Alle Analysen wurden für die Ebene der 30 Bochumer Ortsteile durchgeführt. Ab August 2009 ist das Monitoringset auf den Seiten des Integrationsbüros im Internetangebot der Stadt Bochum eingestellt und mit einem Grafiktool versehen. Damit sind diese Daten für Fachpublikum und interessierte Bürgerinnen und Bürger freigegeben.



4.5 Gender Mainstreaming

Ein zentrales Ziel der Integration muss die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen und Mädchen mit Zuwanderungsgeschichte sein. Mädchen und Frauen müssen in ihrem Alltagsleben gefördert werden, ihre Benachteiligung am Arbeitsmarkt muss aufgehoben werden. Dies gilt für alle Frauen und Mädchen im Sinne von Gender-Politik, es gilt aber besonders für Frauen und Mädchen mit Zuwanderungsgeschichte. Auch wenn kein eigenes Fachforum Frauen und Migration installiert wurde, sollen die besonderen Bedürfnisse der Gruppe der Frauen und Mädchen mit Zuwanderungsgeschichte bei den Zielen und Maßnahmen der Fachforen Berücksichtigung finden.

Soweit sich Maßnahmenvorschläge auf Migrantinnen als Zielgruppe beziehen, ist dies in den Einzelberichten der Fachforen nachzulesen. Unabhängig davon haben sich die Fachforen mit allen Akteuren darauf verpflichtet, den Aspekt des „Gender Mainstreaming“ in ihrer Arbeit zu berücksichtigen und weiter zu entwickeln.

5

In der heutigen Wissensgesellschaft sind vor allem Bildung, Ausbildung und lebenslanges Lernen die wichtigsten Voraussetzungen für individuelle Zukunftschancen, Arbeitschancen, gesellschaftliche Teilhabe und Integration.²⁹ Demnach kommt dem gesamten Bildungssystem eine Schlüsselfunktion für das langfristige Gelingen eines gesellschaftlichen Integrationsprozesses zu. In dieser Funktion hat das Bildungssystem Voraussetzungen dafür zu schaffen, allen Bürgerinnen und Bürger, unabhängig von ihrer ethnischen und kulturellen Herkunft, Angebote zu offerieren, die einer gleichberechtigten Teilhabe an Bildung und einer optimalen Förderung entgegenkommen. Die formale Gleichstellung von Zuwanderinnen und Zuwanderern in Bezug auf den Zugang zu Bildungsangeboten und -einrichtungen mit einheimischen Bürgerinnen und Bürger gewährleistet jedoch keineswegs die Verwirklichung von Bildungsgerechtigkeit und Chancengleichheit innerhalb des Bildungssystems.

Um eine intensive Auseinandersetzung für das umfangreiche Handlungsfeld gewährleisten zu können, wurden im Rahmen des Fachforums „Bildung“ vier Teilgruppen eingerichtet: Elementar- und frühkindlicher Bereich, Primarbereich, Sekundarbereich und Erwachsenenbildung. Wie alle Foren hatten auch die Expertinnen und Experten aus dem Bildungsforum die Aufgabe, eine Bestandsanalyse vorzunehmen sowie Ziele und Maßnahmen für den Bildungsbereich zu formulieren.

Sie waren sich darin einig, dass zur Erhöhung der Bildungsgerechtigkeit und Chancengleichheit niederschwellige, langfristig ausgelegte und finanzierte Projekte und Angebote fest in das Bildungssystem implementiert werden müssen, um Integration gelingen zu lassen.

Hierbei ist vor allem das Augenmerk auf Eltern- und Familienbildung, frühkindliche und elementare Erziehung, schulergänzende Maßnahmen und den Übergang von der Schule in den Beruf zu legen.

Bildung für alle

Als Leitziele der Bildungsarbeit im Integrationsprozess wurden von allen Akteuren folgende vier Ziele abgestimmt:

- Leitziel 1 Wechselseitige Anerkennung aller in Bochum lebenden Menschen durch interkulturellen Austausch und interkulturelle Bildung fördern**
- Leitziel 2 Chancengerechtigkeit erreichen durch frühzeitige und vielseitige Förderung lebenslangen Lernens**
- Leitziel 3 Schaffung verbindlicher, transparenter und nachhaltiger Strukturen zur Erreichung von Bildungsgerechtigkeit und Emanzipation**
- Leitziel 4 Verstärkung der Partizipation von Menschen mit Zuwanderungsgeschichte in allen Lebensbereichen, insbesondere im Bildungssystem**

Die vier Teilgruppen des Forums Bildung haben darüber hinaus für ihren Bereich einen Katalog von abgestimmten Einzelmaßnahmen erstellt.³⁰

Die Umsetzung der Bildungsmaßnahmen kann an den folgenden Zielerreichungskategorien mit zentralen Indikatoren geprüft werden:

- Ziel__Den Anteil der jungen Menschen mit Migrationshintergrund abbauen, die die Bochumer Schulen ohne Abschluss verlassen
- Indikator__Anteil der Schulabgängerinnen und -abgänger mit Zuwanderungsgeschichte ohne Schulabschluss

- Ziel__Die Quote der Förderschülerinnen und Förderschüler mit Zuwanderungsgeschichte reduzieren
- Indikator__Anteil der Förderschülerinnen und Förderschülern mit Zuwanderungsgeschichte an Förderschulen mit dem Schwerpunkt „Lernen“

- Ziel__Den Anteil von Schülerinnen und Schülern, die von der Grundschule auf ein Gymnasium wechseln, erhöhen
- Indikator__Anteil der Übergänge von Schülerinnen und Schülern mit Zuwanderungsgeschichte von der Grundschule auf ein Gymnasium

- Ziel__Die Quote der jungen Menschen mit Zuwanderungsgeschichte erhöhen, die die Hochschulreife erreichen
- Indikator__Anteil der Schulabschlüsse mit Hochschulreife, die junge Menschen mit Zuwanderungsgeschichte erworben haben

- Ziel__Anteil der Eltern mit Zuwanderungsgeschichte in Elternpremien der Bildungsinstitutionen Kindertageseinrichtung und Schule erhöhen
- Indikator__Anteil der Eltern mit Zuwanderungsgeschichte in Elternbeiräten und Klassenpfllegschaften

Zusätzlich sollte die Verbesserung der allgemeinen interkulturellen Kompetenz der Schulen durch verstärkte Einstellungen von Lehrerinnen und Lehrern mit Zuwanderungsgeschichte kommunal unterstützt werden.

Den Bericht des Fachforums Bildung finden Sie unter:
www.bochum.de/integrationskonzept

Sprache als Mittlerin

Hartmut Esser konstatiert in seiner Studie „Integration und ethnische Schichtung“: „Der Schlüssel zur Sozialintegration in das Aufnahmeland ist die Sprache.“³¹

Die Sprache nimmt im Integrationsprozess eine besondere Stellung ein. Diese kommt nicht nur zum Tragen, wenn es um die Beherrschung der deutschen Sprache durch die Zugewanderten geht, sondern auch als Bereicherung der kulturellen Vielfalt durch andere Sprachen.

Sprache als Bedingung für Integration

Die Sprache ist eine Ressource, von der der Zugang zu den strukturellen Dimensionen der Sozialintegration (Arbeitsmarkt, Bildung) abhängt. Sehr gute Deutschkenntnisse sind bei Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen entscheidend für den Bildungserfolg und natürlich auch für den anschließenden Einstieg in das Berufsleben. Bildung, Weiterbildung und Arbeitsleben finden auch für Erwachsene vor allem in deutscher Sprache statt. Dabei spielt die Beherrschung der Schriftsprache eine zunehmend wichtige Rolle. Gleichzeitig ist die gute Beherrschung der Sprache notwendig für eine aktive Teilhabe am gesellschaftlichen Leben.

Sprache als Folge von Integration

Die Beherrschung der deutschen Sprache ist jedoch nicht nur Bedingung für andere Prozesse von Integration, sondern auch ihre Folge. Sprachbeherrschung ist messbar. Indem sie zum Messinstrument der sozialen Integrationswilligkeit und der bereits erfolgten kulturellen Integration gemacht wird, kommt ihr in der gegenwärtigen Diskussion eine zentrale Rolle zu. Das Zuwanderungsgesetz macht für Erwachsene die Prüfung auf ausreichende deutsche Sprachkenntnisse zu einer der Voraussetzungen für die Erlangung der deutschen Staatsangehörigkeit.

Muttersprachlicher Unterricht

Nun bedeutet für viele Menschen mit Zuwanderungsgeschichte Sprache nicht automatisch in erster Linie deutsche Sprache, sondern auch der Muttersprache wird eine wichtige Rolle zugesprochen. Anders als bei anderen sich unter Umständen ausschließenden Dimensionen der Integration (einander widersprechende ethische Grundsätze beispielsweise) gilt für Sprache, dass man sowohl die eine als auch die andere Sprache nebeneinander leben kann. Die Annahme der deutschen Sprache muss und soll daher nicht den Verlust der Muttersprache beinhalten.

Methode des Vorgehens

Das aus Akteuren vieler Bereiche der Sprachförderung zusammengesetzte Fachforum formulierte auf der Basis der Leitziele und Themen, die von der 1. Bochumer Integrationskonferenz erarbeitet wurden, spezifische Leitziele für die Sprachförderung in Bochum. Der Abgleich der Leitziele mit den vorhandenen Angeboten und Strukturen deckt auf, in welchen Bereichen es noch keine oder unzureichende Angebote und Strukturen gibt.

Das Leitziel bestimmt den Kern der Sprachförderung in Bochum:

Ziel der Sprachförderung ist, dass für Menschen mit Zuwanderungsgeschichte durch ihre allgemeine Sprachkompetenz die Basis für Chancengleichheit, gesellschaftliche Teilhabe, politische Partizipation, Gleichberechtigung, friedliches Zusammenleben und kulturellen Austausch geschaffen wird.

Grundsätze

Die deutsche sowie die muttersprachliche Sprachkompetenz werden gefördert. Die Sprachförderung ist flächendeckend im Bildungssystem in allen Altersstufen verankert und vernetzt.

Information und Transparenz

Es gibt eine transparente Darstellung sowie eine umfassende Beratung zum Angebot in den Herkunftssprachen. Die Migrantenselbstorganisationen und Religionsgemeinschaften sind in Information und Beratung eingebunden.

Gestaltung der Sprachförderung

Die Förderung findet individuell unter Berücksichtigung der schulischen, beruflichen und sprachlichen Vorbildung statt. Es wird zielgruppenbezogenes Lehrmaterial eingesetzt. Teil der Sprachförderung ist die Vermittlung von Kenntnissen über das gesellschaftliche, kulturelle und wirtschaftliche Leben sowie über die in unserer Gesellschaft geltenden Normen und Werte.

Qualitätssicherung

Die Sprachförderung wird durch qualifiziertes Personal durchgeführt und begleitet. Die Qualitätssicherung erfolgt durch die Sicherstellung von Zielen und eine begleitende Evaluierung der Zielerreichung.

Die Umsetzung der Sprachfördermaßnahmen³² kann an den folgenden Zielerreichungskategorien mit zentralen Indikatoren geprüft werden:

Ziel___Die Quote der Kinder mit Sprachförderbedarf im Elementarbereich senken
Indikator___Anteil der Kinder mit Sprachförderbedarf in der deutschen Sprache an allen einzuschulenden Kindern mit Zuwanderungsgeschichte

Ziel___Die Quote der Kinder mit Zuwanderungsgeschichte mit Sprachförderbedarf im Primarbereich senken
Indikator___Messung des Sprachstandes in der Orientierungsstufe für Kinder mit und ohne Zuwanderungsgeschichte

Ziel___Die Sprachförderung ist flächendeckend im Bildungssystem in allen Altersstufen verankert und vernetzt
Indikator___Anzahl der Veranstaltungen zur Sprachförderung, gemessen nach Verteilung in Altersgruppen und Sozialräumen

Den Bericht des Fachforums Sprachförderung finden Sie unter:
www.bochum.de/integrationskonzept

Von Arbeitslosigkeit oder fehlenden Ausbildungsplätzen sind Menschen mit und ohne Zuwanderungsgeschichte betroffen. Die statistischen Unterschiede sind jedoch erheblich: Generell kann die Aussage getroffen werden, dass Ausländer doppelt so häufig von Arbeitslosigkeit wie auch vom Bezug von SGB II-Leistungen betroffen sind wie Deutsche.³³ Insgesamt ist die ausländische Bevölkerung mehrfach benachteiligt: bei Arbeitslosigkeit, beim SGB II-Bezug allgemein, beim SGB II-Bezug Minderjähriger, beim SGB II-Bezug 55 bis unter 65jähriger.³⁴

Das Fachforum Beschäftigung hat in einem einjährigen Prozess Ziele und Maßnahmen erarbeitet. Vorläufige Leitziele waren:

- _ Potenziale nutzen und fördern
- _ Chancengleichheit auf dem Arbeitsmarkt
- _ Interkulturelles Lernen
- _ Netzwerke bilden

Als allgemeines Leitziel für Integration und Beschäftigung, das die verschiedenen Zielformulierungen integriert, wurde von den Akteuren formuliert:

Verbesserung der Integration von Menschen mit Zuwanderungsgeschichte in den Ausbildungs- und Arbeitsmarkt und Erhalt der Beschäftigung durch Erkennen, Beschreiben, Fördern und Nutzen der Potenziale unter Berücksichtigung der Grundprinzipien des interkulturellen Lernens und der Chancengleichheit

Nach Beendigung der Arbeit in den Fachforen ist als erste Maßnahme ein „Runder Tisch - Integration durch Beschäftigung“ eingerichtet worden, der gemeinsam von der Wirtschaftsförderung und dem Integrationsbüro der Stadt Bochum geleitet wird. Ihm gehören je eine Vertretung der ARGE, der Agentur für Arbeit, der Kreishandwerkskammer, der IHK, der Kommunalen Weiterbildungsstelle und des Deutschen Gewerkschaftsbundes an. Ziel des „Runden Tisches“ ist es, das o.g. Leitziel zu operationalisieren. Beispielsweise ist ein Projekt „Ausbildung für alle!“ zur Verbesserung der Chancen auf dem Ausbildungsmarkt für junge Menschen mit Zuwanderungsgeschichte erarbeitet und bewilligt worden.

Mithilfe eines indikatorengestützten Monitoring wird künftig die Erreichbarkeit des Leitziels verfolgt. Exemplarisch werden an dieser Stelle folgende Indikatoren aufgeführt:

- Ziel Die Ausbildungsquote junger Menschen mit Zuwanderungsgeschichte steigern
- Indikator Ausbildungsquote der Auszubildenden mit Zuwanderungsgeschichte an allen Auszubildenden

- Ziel Die Beschäftigungsquote von Menschen mit Zuwanderungsgeschichte verbessern
- Indikator 1 Arbeitslosenquote insgesamt mit / ohne Zuwanderungsgeschichte
- Indikator 2 Arbeitslosenquote bei unter 25jährigen insgesamt mit/ohne Zuwanderungsgeschichte

- Ziel Verhindern, dass das erhöhte Armutrisiko von Kindern mit Zuwanderungsgeschichte das Bildungsrisiko erhöht
- Indikator Anteil der Empfängerinnen und Empfänger von Leistungen nach SGB II und SGB XII mit / ohne Zuwanderungsgeschichte an den Einwohnern insgesamt

Den Bericht des Fachforums „Beschäftigung“ finden sie unter:
www.bochum.de/integrationskonzept

Mit zunehmender Schwierigkeit der Integration auf dem Arbeitsmarkt gewinnen das städtische Wohnquartier wie auch die Wohnung als Lebensmittelpunkt von Menschen mit Zuwanderungsgeschichte für den Integrationsprozess zunehmend an Bedeutung. Die Wohnung und das Wohnquartier bilden zum einen den sozialräumlichen Hintergrund für den Erwerb von Bildung und Sprache, für die Integration in den Arbeitsmarkt, für die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben und für die Schaffung von sozialen Kontakten. Sie sind gleichzeitig aber auch selbst wichtige Integrationsfaktoren, weil sie Aktions- und Freiräume bestimmen.

Integrationspolitik soll das Zusammenleben aller im Quartier fördern. Im Rahmen des Integrationsprozesses der Stadt Bochum wurden vom Fachforum Wohnen, das einen repräsentativen Querschnitt aller Akteure bildete (u. a. Politik, Wohnungswirtschaft, Verwaltung, Wissenschaft, soziale Träger, Migrantenselbstorganisationen), folgende Leitziele für das Handlungsfeld Wohnen formuliert:

- Leitziel 1 Integrierte sozialorientierte Stadt(teil)entwicklung initiieren**
- Leitziel 2 Interkulturelles Zusammenleben fördern**
- Leitziel 3 Funktionierende Nachbarschaften schaffen**
- Leitziel 4 Partizipation im Stadtteil fördern**
- Leitziel 5 Wohnqualität und Wohnbedingungen bedürfnisorientiert verbessern**
- Leitziel 6 Beseitigung von Zugangsbarrieren am Wohnungsmarkt**

Bei der Umsetzung der Projekte³⁵ sollten die folgenden Ziele mit Indikatoren kontrolliert werden:

- Ziel Solche Quartiere und Stadtteile werden vorrangig gefördert, die in hohem Maße Integrationsanstrengungen bewältigen
- Indikator Arbeitslosenquote und SGB II-Quote der Bewohnerinnen und Bewohner mit/ohne Zuwanderungsgeschichte im sozialräumlichen Vergleich

- Ziel Interkulturelle Öffnung im Sozialraum
- Indikator Anteil von Bewohnerinnen und Bewohnern mit/ohne Zuwanderungsgeschichte in Beteiligungsgremien (Quartiersbeiräte etc.) nach Sozialräumen

- Ziel Integration im Stadtteil verbessern
- Indikator Bildung von Wohneigentum - Quote der Eigentümer mit/ohne Zuwanderungsgeschichte sozialräumlich und gesamtstädtisch

Allgemeines Ziel der Integrationspolitik im Handlungsfeld Wohnen sollte es sein, die Maßnahmen im Stadtumbau West, die Pilotcharakter haben, auf alle Stadtteile mit besonders auffälligen sozialstrukturellen Kennzahlen³⁶ zu übertragen.

Zusammenleben in der Stadtgesellschaft IV

Den Bericht des Fachforums Wohnen finden Sie unter:

www.bochum.de/integrationskonzept

5.5 _ Unsere Zukunft - Kinder und Jugendliche

Das Fachforum Kinder und Jugendliche, das sich aus repräsentativen Akteuren aus Verwaltung, Jugendarbeit, Wohlfahrtsverbänden und Migrantenselbstorganisationen zusammensetzte, hat nach einer Bestandsaufnahme Handlungsziele und Projektbeschreibungen formuliert.

Aus Sicht der Beteiligten verändert sich der Status der Klientel: Aufgrund der Änderungen im Staatsangehörigkeitsgesetz steigt die Zahl der Kinder und Jugendlichen mit zwei Staatsangehörigkeiten stetig, während die Zahl der Kinder und Jugendlichen mit ausländischer Staatsangehörigkeit eher abnimmt. Aktuell kann man mindestens von einem Viertel der Kinder und Jugendlichen mit Zuwanderungsgeschichte in den Einrichtungen ausgehen.

Das Fachforum hat Befragungen unter den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Kinder- und Jugendfreizeithäuser (KJFH) durchgeführt. Die Fachkräfte der Kinder- und Jugendfreizeithäuser beobachten demnach bei den Kindern und Jugendlichen folgende Ressourcen, die es zu stärken lohnt:

- _ Fähigkeit, sich zu integrieren
(Zweisprachigkeit; Fähigkeit, zwei Welten zu verbinden)
- _ stärkerer Gruppen- und Familienzusammenhalt
- _ Verantwortungsbereitschaft für Familie und Freunde

In derselben Befragung der Fachkräfte in den Kinder- und Jugendfreizeithäusern wird deutlich, dass Mädchen mit Zuwanderungsgeschichte in den Kinder- und Jugendfreizeithäusern besonders unterrepräsentiert sind. Aus Sicht der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Einrichtungen werden insbesondere die selbstbestimmten Handlungsspielräume der Mädchen aus islamischen Familien häufig eingeschränkt.

Folgende Handlungsziele wurden von den Akteuren des Fachforums Kinder und Jugendliche favorisiert:

Leitziel 1 Die Gleichberechtigung und die soziale Chancengleichheit fördern

Um dieses Leitziel zu erreichen, sollen Migrantenorganisationen in die Jugendhilfeplanung eingebunden werden und interkulturelles Lernen sowie der interkulturelle Austausch in den Angebotsstrukturen und Einrichtungen der Kinder- und Jugendarbeit gefördert werden. Ferner müssen die Angebote der Kinder- und Jugendarbeit hinsichtlich ihrer geschlechtsspezifischen Eignung differenziert, überprüft und ergänzt werden. Insbesondere die Situation von Mädchen und jungen Frauen mit Zuwanderungsgeschichte muss stärker betrachtet werden. Generell sind Kinder und Jugendliche mit Zuwanderungsgeschichte in die Maßnahmen der präventiven Kinder- und Jugendarbeit stärker einzubinden.

Leitziel 1 Gesellschaftliche Teilhabe und politische Partizipation (Bildung) fördern

Zur Förderung der gesellschaftlichen Teilhabe und politischen Bildung müssen sowohl die Selbstorganisationen von Jugendlichen mit Zuwanderungsgeschichte als auch die politische Vertretung von Migrantenorganisationen, die Kinder- und Jugendarbeit betreiben, gestärkt werden. Zudem sollen Migrantenorganisationen und -selbstorganisationen, die Kinder- und Jugendarbeit betreiben, in den Jugendring integriert werden. Kinder und Jugendliche mit Zuwanderungsgeschichte sind in die bestehenden Jugendverbände zu integrieren.

Leitziel 3 Die Integrationsbereitschaft von Zugewanderten und der Mehrheitsgesellschaft stärker forcieren

Antidiskriminierungsarbeit und Konfliktmoderationen insbesondere in den Sozialräumen, in denen ein hoher Anteil von Menschen mit Zuwanderungsgeschichte lebt, sollen Bestandteil jedes Integrationsbemühens sein. Maßnahmen und Projekte, die eine gegenseitige Akzeptanz zur Folge haben, sollen vorrangig gefördert und gewürdigt werden.

Leitziel 4 Gegenseitigen Respekt vor der religiösen und kulturellen Andersartigkeit im Rahmen der Menschenrechte und des Grundgesetzes erreichen

Integrationshemmende religiöse und politische Einstellungen sind zu bekämpfen. Der interreligiöse und interkulturelle Dialog ist zu fördern, um eine gegenseitige Akzeptanz zu erreichen.

Leitziel 5 Den interkulturellen Austausch, das Zusammenleben und die Konfliktaustragung mit friedlichen Mitteln fördern

Für den interkulturellen Austausch sollten Partnerschaften mit Städten des Landes, aus denen die größte Gruppe von Migrantinnen und Migranten der Stadt Bochum kommt, angestrebt werden. Internationale Jugendaustauschmaßnahmen sind mit den Herkunftsländern der Jugendlichen mit Zuwanderungsgeschichte durchzuführen. Ebenfalls ist eine Interkulturelle Woche, an der die Jugendverbände, Migrantenorganisationen und die Einrichtungen der Kinder- und Jugendarbeit beteiligt werden, auf Dauer einzurichten. Bestehende Veranstaltungen (Kemnade International, BO-Total u. a.) sollten verstärkt Jugendliche mit Zuwanderungsgeschichte in ihre Angebote mit einbeziehen.

Exemplarische Indikatoren für den Kinder- und Jugendbereich:

- Ziel___ Gleichberechtigung und soziale Chancengleichheit fördern
- Indikator 1___ Anzahl der Angebote im Kinder- und Jugendbereich mit interkultureller und Genderorientierung
- Indikator 2___ Anzahl der Teilnehmerinnen und Teilnehmer mit Zuwanderungsgeschichte an diesen Angeboten

- Ziel___ Migrantenorganisationen und Migrantenselbstorganisationen, die Kinder- und Jugendarbeit betreiben, sind im Jugendring integriert
- Indikator___ Anzahl der Migrantenorganisationen und Migrantenselbstorganisationen im Jugendring im Vergleich zu allen Migrantenorganisationen

- Ziel___ Kinder und Jugendliche mit Zuwanderungsgeschichte sind in bestehenden Jugendverbänden integriert
- Indikator___ Anzahl der Kinder und Jugendlichen mit Zuwanderungsgeschichte in den Jugendverbänden

Unsere Zukunft Kinder und Jugendliche

Den Bericht
des Fachforums Arbeit mit Kindern und Jugendlichen finden Sie unter:
www.bochum.de/integrationskonzept

VI

Älter

werden

in

Bochum

als

Mensch

mit

Zuwanderungs-

geschichte

Ende 2008 wurden in Bochum insgesamt 98.838 Personen gezählt, die 60 Jahre und älter waren (mit 26,7 % mehr als ein Viertel der Bochumer Bevölkerung). Bei Deutschen mit zweiter Staatsangehörigkeit und den Bewohnern mit nicht-deutschem Pass sind es 12,6 %.

Akteure der Freien Wohlfahrtspflege, aus Selbsthilfeorganisationen und Freiwilligengruppen, der Ev. Fachhochschule, des Sozialamtes und des Integrationsbüros aus den Handlungsfeldern Migration und Altenhilfe haben sich für eine sachgerechte und verantwortungsvolle Politik für ältere Menschen mit Zuwanderungsgeschichte in Bochum ausgesprochen.

Bei der unumgänglichen Ausweitung und Weiterentwicklung des Praxisfeldes (ältere Menschen mit Zuwanderungsgeschichte sind die relativ am stärksten wachsende Gruppe in der Stadtgesellschaft) kann keinesfalls von homogenen Integrations- und Versorgungsproblemen älterer Zuwanderinnen und Zuwanderer ausgegangen werden. Eine unterschiedliche Aufenthaltsdauer in Deutschland, unterschiedliche sprachliche Kommunikationskompetenz, unterschiedliche kulturelle Hintergründe, unterschiedliche Religionszugehörigkeiten und unterschiedliche Bedeutung der Religion für die Betroffenen bedingen differenzierte Handlungsoptionen und Unterstützungsangebote.

Eine adäquate Beratung, Begleitung und Versorgung der Seniorinnen und Senioren mit Zuwanderungsgeschichte setzt eine kooperative Vernetzung aller Akteure zwecks Teilung und Nutzung des relevanten Handlungswissens auf der Grundlage fachlicher und kultureller Kompetenz, Bündelung der unterschiedlichen Ressourcen und Abstimmung der Zugangsmöglichkeiten zu den unterstützungsbedürftigen und förderungswürdigen Zielgruppen voraus.

Gemeinsames Ziel aller Akteure ist die Unterstützung eines selbstbestimmten und selbstständigen Lebens älterer Menschen mit Zuwanderungsgeschichte und deren gesellschaftlicher Teilhabe. Die Realisierung beginnt bei der interkulturellen Öffnung der Regeldienste und weiterer Einrichtungen, erfordert spezifische Vermittlungsanstrengungen, nicht nur den Einsatz muttersprachlicher Akteure, sondern „Brücken schlagender“ multikultureller Teams. Der Erfolg wird letztlich an der erreichten interkulturellen Akzeptanz bei den Seniorinnenmigrantinnen und -migranten, den Anbietern und der deutschen Stammklientel gleichermaßen zu messen sein.

Die mit der älteren Generation befassten Einrichtungen der Wohlfahrtsverbände haben die veränderten Bedarfe in diesem Segment der Wohlfahrtspflege erkannt und bilden ihre Mitarbeiter zum Thema „Migration und Altern“ fort. In dieser Hinsicht curricular neu aufgestellt werden die Ausbildungsgänge der sozialpflegerischen Berufe. Die Kommune ist an diesen Prozessen beteiligt.

Doch darf sich das Angebot keinesfalls auf versorgende und pflegerische Maßnahmen beschränken, sondern muss auch Kontakt-, Freizeit- und Bildungsbedürfnisse initiieren und erfüllen. Neben dem voran zu treibenden interkulturellen Dialog durch die Öffnung von Begegnungsstätten sowie Freizeit- und Bildungseinrichtungen müssen weiterhin kulturspezifische Inseln als geschützter Raum gegeben sein. Ein monoethnischer Zugang ist gerade bei dieser Zielgruppe der erste Schritt zum multiethnischen Austausch und Miteinander. Generationenübergreifende Kontakte sind im Herkunftsmilieu so wichtig wie im interkulturellen Kontext.

Seniorenarbeit für und mit Menschen mit Zuwanderungsgeschichte kann nur gelingen, wenn sie stadtteil- und damit lebensweltbezogen sowie auf die Individualbiographie und Lebenslage des Einzelnen ausgerichtet ist. Für das Zurechtfinden im Alter „in der Fremde“ benötigen die Menschen gegenseitige und

professionelle Unterstützung. Gerade hier müssen die professionellen Hilfe- und Bildungseinrichtungen präventiv auf das Leben im Alter in der oft immer noch fremden Kultur vorbereiten, ein positives Bild vom Altern vermitteln, zur Selbstorganisation befähigen und zur politischen Partizipation motivieren. Im besten Fall führen alle Bemühungen zu einer Neuentdeckung der kulturellen Identität, für deren öffentliche Darstellung die Möglichkeiten der neuen Medien erst noch zu entdecken wären.

Eine soziale Arbeit für ältere Menschen mit Zuwanderungsgeschichte ist ohne deren Beteiligung nicht sinnvoll und erfolgreich zu betreiben. Migrationserfahrung, Selbsthilfepotentiale, Eigeninitiative, individuelle Fähigkeiten und Stärken von Einzelnen oder Gruppen stellen eine unverzichtbare Ressource dar. Offene Altenarbeit, basierend auf der Paarung von Initiative und professioneller Unterstützung, kann den Seniorinnen und Senioren ein sinn- und inhaltsvolles Altersleben ermöglichen.

**Auf der Basis dieser Prämissen
erzielten die Akteure des
Handlungsfeldes Konsens über
folgende Leitziele:**

- Leitziel 1 Menschen mit Zuwanderungsgeschichte werden in dem von ihnen gewählten Umfeld gleichberechtigt und in Würde alt.**
- Leitziel 2 Alte und hilfsbedürftige Menschen mit Zuwanderungsgeschichte und deren Familien werden kultursensibel informiert, beraten und begleitet; die ambulante sowie stationäre Pflege wird im gewünschten Lebensumfeld ermöglicht.**
- Leitziel 3 Die Selbsthilfepotentiale und ethnischen Strukturen werden gestärkt, gefördert und wertgeschätzt. Der ältere Mensch wird motiviert, sich gesellschaftlich zu engagieren.**

Es reicht jedoch nicht aus, die interkulturelle Öffnung der Altenhilfe in Leitzielen festzuschreiben. Der Öffnungsprozess ist zu verstehen als dauerhafter Bestandteil des Qualitätssicherungsprozesses und der Organisationsentwicklung. Die Umsetzung der interkulturellen Öffnung muss von allen Beteiligten gewollt, auf der Praxisebene akzeptiert und für alle transparent gestaltet werden. Exemplarischer Indikator aus dem Fachforum Senioren:

Ziel__Ältere Menschen mit Zuwanderungsgeschichte sind ehrenamtlich engagiert
Indikator__Anteil von Menschen mit Zuwanderungsgeschichte im bürgerschaftlichen Engagement

Mehr Informationen finden Sie unter:

www.bochum.de/integrationskonzept

Die Gesundheit steht im Zentrum des persönlichen Interesses eines jeden einzelnen Menschen. Dabei ergeben sich allerdings unterschiedliche soziale und gesundheitliche Ausprägungen für den Einzelnen in Abhängigkeit vom Herkunftsland, vom kulturellen und religiösen Hintergrund, von der Länge des Aufenthalts in Deutschland und der sprachlichen Fähigkeit, vom Geschlecht, dem Bildungsstatus sowie dem sozialen Hintergrund. Generell sind Menschen mit Zuwanderungsgeschichte einer Vielzahl von besonderen Belastungen ausgesetzt. Für den Bereich Beschäftigung gilt, dass aufgrund des vielfach niedrigeren Qualifikationsniveaus körperliche und psychische Belastungen sowie das Risiko der Erwerbslosigkeit höher als bei der deutschen Vergleichsgruppe sind und insgesamt die Beschäftigung als gesundheitlich belastender zu bewerten ist. Die konkreten Lebensumstände und die Gesundheit der Menschen werden darüber hinaus durch drei weitere Faktoren beeinflusst: das häusliche Umfeld (z.B. Familiensituation, Einkommen, Ernährung, Hygiene, Sport und Bewegung und Bildungsstand), das räumliche Umfeld (z.B. bauliche Umgebung, Verkehrssituation, Lärm, öffentlicher Raum, Grün- und Freiflächen) und das soziale Umfeld (z.B. Nachbarschaft, soziale und kulturelle Infrastruktur, Arbeitsplatz, Freizeit, Kindergarten und Schule).

Generell gilt, dass eine monokausale Herleitung, z.B. Zuwanderungshintergrund als gesundheitliches Defizit, zu kurz greift. Allerdings fehlen belastbare Daten. Für die Ebene der kommunalen Gesundheitsberichterstattung liegen bis jetzt keine Zahlen vor, die nach der Staatsangehörigkeit oder gar nach der Zuwanderungsgeschichte differenzieren. Zum einen werden diese Zahlen vielfach so nicht erhoben (mit Ausnahme der Schuleingangsuntersuchung), zum anderen sind häufig die Fallzahlen der Untergruppen zu gering. Auch auf der aggregierten Ebene des Landesamtes für Datenverarbeitung und Statistik Nordrhein-Westfalen, LDS, liegen kaum migrations- oder ausländer-spezifischen Daten vor.

Eine Studie des LDS³⁷ differenziert den Krankenstand nach Staatsangehörigkeit:

“In NRW besitzen 12,6 % der Menschen im Alter von 15 bis unter 65 Jahren nicht die deutsche Staatsbürgerschaft. Ihr Krankenanteil (8,8 %) weicht nur gering von dem der Personen mit deutscher Staatsangehörigkeit (9,0 %) ab. Hierbei liegt der Krankenanteil der Nicht-EU-Staatsangehörigen unter dem Krankenanteil der EU-Staatsangehörigen. Dies ist auf den überdurchschnittlichen Anteil junger Menschen unter 35 Jahren zurückzuführen, die darüber hinaus seltener angeben, unter gesundheitlichen Einschränkungen zu leiden als gleichaltrige Deutsche. Ältere Ausländerinnen und Ausländer - ab 55 Jahren - weisen dagegen höhere Krankenanteile als der Durchschnitt auf. Menschen mit einer nichtdeutschen Staatsangehörigkeit sind hiernach, trotz ihrer problematischen Lebenslage, nicht generell kränker als deutsche Staatsangehörige.“³⁸

Insgesamt sind Defizite bei der gesundheitlichen Datenerhebung für Menschen mit Zuwanderungsgeschichte offensichtlich. Hier sollte mehr Transparenz für den notwendigen Bedarf an validen Zahlen hergestellt werden.

Im Allgemeinen ist ein Zusammenhang zwischen sozialer Benachteiligung und gesundheitlichen Problemen erkennbar. Zwar gibt es bereits Programme zur Gesundheitsprävention, doch die Bewohnerinnen und Bewohner mancher Stadtteile können nur schwer erreicht werden. Es fehlen Angebote, die sich an der Lebensumwelt der Menschen orientieren. So kennen z. B. Frauen mit Zuwanderungsgeschichte die Vorsorgeangebote und Früherkennungsuntersuchungen oft nicht. Gründe dafür können die nur geringen Sprachkenntnisse oder ein unterschiedliches Gesundheits- und Kulturverständnis sein. Vor allem die Gesundheit von Kindern und Jugendlichen ist in benachteiligten Stadtteilen gefährdet. Bei ihnen treten in zunehmendem Maße Probleme auf, wie Übergewicht, Haltungsschäden, Atemwegserkrankungen, Karies, Allergien oder motorische und

VIII

Gesundheit für alle

Sprachentwicklungsstörungen. Hinzu kommen umweltbedingte Gesundheitsrisiken: Lärm und Schadstoffe aufgrund hoher Verkehrsbelastungen oder Bewegungsmangel aufgrund fehlender Grün- und Freiflächen für Sport und Spiel.³⁹

Das deutsche Gesundheitssystem steht grundsätzlich allen Bevölkerungsgruppen zur Verfügung. Die Angebote der gesundheitlichen Vorsorge (z.B. Schwangerschaftsberatung, Ernährungsberatung, Beratung bei Übergewicht, Krebsvorsorge, Beratung zu Infektionskrankheiten, Impfungen, Kinderfrüherkennungsuntersuchungen) werden von Menschen mit Zuwanderungsgeschichte oftmals nur bedingt in Anspruch genommen. Die Ursachen hierfür sind vielfältig, meist sind es Sprachprobleme und fehlende Informationen über das Gesundheitssystem und seine Leistungen, aber auch kulturelle und religiöse Aspekte, die eine unterschiedliche Wahrnehmung von Körper, Gesundheit und Krankheit und eine andere Haltung zu Therapie und Pflege bedeuten können. Daher ist es wichtig, Veranstaltungen in einer einfachen Sprache (ohne Fachbegriffe) durchzuführen und Informationsmaterialien wie Broschüren und Flyer (z.B. mit Adressen der wichtigsten Ansprechpartner, Anlaufstellen und Einrichtungen, die in Bochum individuelle Hilfestellungen zu bestimmten Themen des Gesundheitssystems geben können) in den jeweiligen Sprachen der verschiedenen Migrantengruppen zur Verfügung zu stellen. Denn es sollen alle Menschen mit Zuwanderungsgeschichte die gleichen Chancen haben, an der gesundheitlichen Vorsorge und Regelversorgung teilzunehmen.

Die Stadt Bochum führt gemeinsam mit dem Deutschen Roten Kreuz, DRK Bochum, das Gesundheitsprojekt „Mit Migranten für Migranten“, kurz „MiMi“⁴⁰ durch. Im Rahmen des MiMi-Projektes werden bildungsstarke Menschen mit Zuwanderungsgeschichte für eine muttersprachliche und kulturspezifische Gesundheitsförderung anderer - bildungsschwächerer - Menschen mit Zuwanderungsgeschichte fachlich und methodisch geschult. Sie sollen in ihren „communities“ zielgruppenspezifisch über Gesundheitsförderung und -prävention aufklären, über entsprechende Angebote informieren und Handlungsanleitungen zur gezielten Nutzung des deutschen Gesundheitssystems geben.

Mit Unterstützung der ausgebildeten Gesundheitsmediatorinnen und -mediatoren und der Akteure des Gesundheitswesens wird die Eigenverantwortung von Menschen mit Zuwanderungsgeschichte für ihre Gesundheit gestärkt und damit die „gesunde Integration“ von Menschen mit Zuwanderungsgeschichte in Bochum unterstützt. Ziel ist letztlich die Bildung eines Migrationsnetzwerks „Mehr Gesundheit für alle!“⁴¹

Dabei spielt das Thema Interkulturelle Öffnung der Gesundheits- und Pflegeeinrichtungen auch eine wichtige Rolle. Vorhandene Barrieren müssen abgebaut werden, so dass Menschen mit Zuwanderungsgeschichte mit Hilfe der im Bereich der sprachlichen und kulturellen Gesundheitsmediation Tätigen die Potenziale und Ressourcen der präventiven oder therapeutischen Gesundheitsprogramme stärker nutzen können. Beispielsweise werden Angebote zur seelischen Gesundheit für Menschen mit Zuwanderungsgeschichte, Pflegedienste für Muslime sowie kultursensible Altenheimplätze immer häufiger nachgefragt. Auch sind fremdsprachige Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartner in Krankenhäusern, Kliniken und bei Pflegediensten erforderlich. Dabei fehlen noch beispielsweise faire kulturelle Normen und geeignete und faire psychologische Tests. Insgesamt sollten auch die Menschen mit Zuwanderungsgeschichte ermuntert werden, sich auf allen Ebenen des Gesundheitswesens in interkulturellen Teams einzubringen.

Folgende Leitziele für das Handlungsfeld Gesundheit werden definiert:

- Leitziel 1 Gleichberechtigte Teilhabe an der gesundheitlichen Versorgung durch interkulturelle Öffnung der Gesundheits- und Pflegeeinrichtungen**
- Leitziel 2 Verbesserung der Vorsorge-, Beratungs-, Betreuungs- und Behandlungsangebote unter Berücksichtigung der spezifischen Lebensbiografien von Menschen mit Zuwanderungsgeschichte**

Exemplarische Indikatoren für den Gesundheitsbereich:

- Ziel___Gleichberechtigte Teilhabe der Menschen mit Zuwanderungsgeschichte am Gesundheitssystem ist gewährleistet
- Indikator 1___Anteil der Menschen mit Zuwanderungsgeschichte an den Nutzerinnen und Nutzern von Gesundheitsberatungsangeboten
- Indikator 2___Anteil der Menschen mit Zuwanderungsgeschichte an den Nutzerinnen und Nutzern von Vorsorgeangeboten:
z.B. Teilnahme an der U9
- Indikator 3___Anteil der versorgten Kinder mit Zuwanderungsgeschichte bei Sprach- und Sprechstörungen
- Indikator 4___Anteil der versorgten Kinder mit Zuwanderungsgeschichte bei Störung der Körperkoordination

Mehr Informationen finden Sie unter:

www.bochum.de/integrationskonzept

VIII

Es ist bekannt, dass die deutschen Kultureinrichtungen der sog. „Hochkultur“ Zuwanderer nicht ausdrücklich als Klientel in ihre Bemühungen um Publikum einbeziehen. Andererseits sind im allgemeinen Bewusstsein die Kulturen der Zuwanderer fast nur als „Folklore“ bekannt. Die geplante interkulturelle Kulturarbeit soll diese Lücke im Integrationsprozess der Stadt Bochum schließen.

In Bochum existiert eine vielfältige und bunte Palette an Kultur der Zugewanderten und ihrer Kinder. Allein ein Blick auf den Bereich der Musik zeigt: vom Festival „Kemnade International“ und „Tapesch 2015“ bis hin zu den Tanz- und Folkloregruppen der Migrantenselbstorganisationen reicht das Spektrum - und darüber hinaus ist bei Theater, Film und neuen Medien eine ähnliche Bandbreite zu verzeichnen. Die Einrichtungen der geförderten städtischen Hochkultur müssen den Anteil der Bochumer Bevölkerung mit Zuwanderungsgeschichte erst noch in den Blick nehmen: Der demographische Wandel zeigt auf, dass diese Bevölkerungsgruppen möglicherweise eines Tages ihren Minderheitenstatus verlieren.

Die Bemühungen um eine interkulturelle Kulturarbeit auf kommunaler Ebene ordnen sich ein in die internationalen Anstrengungen der Kommunen, die in der Agenda 21 für Kultur gipfeln. Die Agenda 21 für Kultur ist das erste Dokument mit einer weltweiten Botschaft, durch die Städte und Kommunalverwaltungen eine Verpflichtung für die kulturelle Entwicklung eingehen sollen. Auf die Agenda 21 für Kultur haben sich Städte und Kommunalverwaltungen aus aller Welt verständigt, die damit ihren Einsatz für die Menschenrechte, kulturelle Vielfalt, nachhaltige Entwicklung, demokratische Teilhabe und die Friedenssicherung unterstreichen. Sie wurde vom 4. Porto-Alegre-Forum der Kommunen für Sozialen Zusammenhalt im Rahmen des Weltforums der Kulturen in Barcelona am 8. Mai 2004 verabschiedet. Unter der Leitlinie der kulturellen Diversität sollen alle Kommunen ihre nachhaltige Entwicklung fördern. Der Beitritt zur Agenda 21 für Kultur bietet für Bochum die Chance, anhaltend die Kulturentwicklung zu fördern und mit Indikatoren zu evaluieren.

Im Januar 2009 wurde im Rahmen des Integrationsworkshops der Stadt Bochum das Fachforum Kultur eröffnet. Akteure aus Migrantenselbstorganisationen, aus Verwaltung und Politik sowie von Kulturinstitutionen erörterten eine erste Bestandsaufnahme der Stärken und Schwächen der interkulturellen Kulturarbeit in Bochum. Sie formulierten nach längerem Diskussions- und Einigungsprozess folgende Leitziele der interkulturellen Kulturarbeit in Bochum:

- Leitziel 1 Kulturelle Vielfalt als Chance begreifen und würdigen**
- Leitziel 2 Förderung des Dialoges, des Austausches und der Partizipation aller Kulturen in Bochum**
- Leitziel 3 Interkulturelle Öffnung aller Kultur-, Freizeit- und Bildungseinrichtungen**
- Leitziel 4 Interkulturelle Kulturarbeit als Querschnittsaufgabe in der Kulturpolitik verankern**

Exemplarischer Indikator für interkulturelle Kulturarbeit:

Ziel _____ Interkulturelle Öffnung der Kultureinrichtungen und der Kulturarbeit in Bochum
 Indikator _____ Anteil der Bevölkerung mit Zuwanderungsgeschichte am Publikum der Kultureinrichtungen der Stadt Bochum

Mehr Informationen finden Sie unter:

www.bochum.de/integrationskonzept

IX

Das Leitziel der Stadtverwaltung für die nächsten Jahre heißt:

Die Interkulturelle Öffnung ist in allen Bereichen der Verwaltung etabliert.

Damit verbinden sich folgende Teilziele für die Zukunft:

- _ Widerspiegelung der Gesellschaft in der Verwaltung im Sinne von Diversity in allen Hierarchiestufen und Verwaltungsbereichen wird realisiert
- _ Interkulturelle Kompetenz aller Mitarbeiter wird angestrebt
- _ Personalprozesse werden unabhängig von der Herkunft gewährleistet
- _ Mehrsprachigkeit vor allem in publikumsintensiven Bereichen wird ermöglicht
- _ Städtische Angebote werden bekannt und zugänglich gemacht

Die interkulturelle Öffnung der Verwaltung lässt sich somit sowohl als Querschnittsaufgabe als auch als eigenes Handlungsfeld definieren. Es gilt, in allen Strukturen der Verwaltung „interkulturelle Kompetenz“ zu verankern. Sie muss sich in Planung, Steuerung, Außendarstellung und in der Kommunikation mit den Bürgerinnen und Bürgern niederschlagen.

Idealziel wäre es, dass sich die Vielfalt der Stadtgesellschaft in der Zusammensetzung der Verwaltung widerspiegelt. Wegen der bekannten Schwierigkeiten der öffentlichen Haushalte ist jedoch nur eine geringe Zahl an Neueinstellungen zu erwarten. Lediglich über die Einstellung von Nachwuchskräften können hier langfristig Veränderungen erzielt werden, die sich dann sukzessive in allen Hierarchiestufen abbilden.

Bereits heute stellt sich das Personalmanagement der Stadt Bochum der Herausforderung einer interkulturellen Öffnung und entwickelt Strategien, wie bei Ausbildung und Einstellung die Potenziale von Menschen mit Zuwanderungsgeschichte besser einbezogen und genutzt werden können.

Um mehr Bewerberinnen und Bewerber mit Zuwanderungsgeschichte für die Verwaltungsausbildung zu gewinnen, werden z.B. gezielt an Bochumer Schulen Informationsveranstaltungen durchgeführt. Migrantenselbstorganisationen werden von der Personalverwaltung regelmäßig über Ausbildungsberufe bei der Stadt Bochum und die entsprechenden Einstellungsvoraussetzungen informiert und motiviert, junge Menschen zur Bewerbung bei der Stadtverwaltung zu ermuntern.

Mittelfristiges Ziel ist es, die Bewerberzahlen von jungen Zugewanderten für alle Ausbildungsberufe bei der Stadtverwaltung, vor allem aber für die Ausbildung im mittleren und gehobenen Verwaltungsdienst zu erhöhen. Mehrsprachigkeit und Kenntnisse anderer Kulturen (Bikulturalität) sollten unter Beachtung der rechtlichen Vorgaben des Zugangs zum öffentlichen Dienst als Zusatzqualifikationen im Auswahlverfahren Berücksichtigung finden.

Von gleicher Relevanz wie die Beschäftigung von Menschen mit Zuwanderungsgeschichte ist die Schulung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in interkultureller Kompetenz.

Mit dem bereits im Jahre 2007 veröffentlichten Handbuch für Erwachsenenbildung⁴² liegt eine konzeptionelle Grundlage vor, mit der bereits mehrere Bereiche der Bochumer Verwaltung gute Erfahrungen sammeln konnten.

Darüber hinaus bietet das Organisations- und Personalamt regelmäßig Fortbildungen für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zur Förderung von interkultureller Kompetenz an, wie z.B. „Der Unterschied als Chance - Umgang mit Minderheiten“ sowie „Interkulturelle Kommunikationskompetenz“. Mit Inkrafttreten des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes (AGG) sind hierzu obligatorisch Fortbildungen durchgeführt worden.

Exkurs - Charta der Vielfalt

An dieser Stelle ist zu erwähnen, dass die Stadt Bochum am 10. Juni 2008 der Charta der Vielfalt beigetreten ist. Die Charta der Vielfalt ist eine Unternehmensinitiative zur Förderung von Vielfalt in Unternehmen und hat zum Ziel, Anerkennung, Wertschätzung und Einbeziehung von Vielfalt in der Unternehmenskultur voranzubringen. Dieses Projekt trägt dazu bei, den Prozess zur interkulturellen Öffnung der Verwaltung voranzubringen.

Der Prozess der interkulturellen Öffnung mit den beiden Bestandteilen der verstärkten Beschäftigung von Menschen mit Zuwanderungsgeschichte und der interkulturellen Qualifizierung aller Beschäftigten soll sich schrittweise vollziehen. Die geeigneten Indikatoren sind hier noch zu entwickeln.

Die nachstehende Aufführung von Indikatoren ist beispielhaft und muss sich in der Praxis beweisen:

- Ziel___In allen Hierarchiestufen und Bereichen der Verwaltung sind Menschen mit Zuwanderungsgeschichte beschäftigt
- Indikator 1___Anteil der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der Verwaltung mit Zuwanderungsgeschichte
- Indikator 2___Anteil der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter mit Zuwanderungsgeschichte in Führungspositionen
- Indikator 3___Anteil der Auszubildenden in der Verwaltung mit Zuwanderungsgeschichte
- Indikator 4___Anteil der Auszubildenden mit Zuwanderungsgeschichte, die nach Abschluss der Ausbildung übernommen werden
- Indikator 5___Anteil von Bewerberinnen und Bewerbern mit Zuwanderungsgeschichte
- Ziel___Förderung der interkulturellen Kompetenz der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter
- Indikator 1___Anzahl der internen Fortbildungsangebote, die jährlich zur Förderung von interkultureller Kompetenz angeboten werden
- Indikator 2___Anteil der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verwaltung, die jährlich an Fortbildungen zur interkulturellen Kompetenz teilgenommen haben
- Indikator 3___Anteil der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter mit Zuwanderungsgeschichte an Lehrgängen für Angestellte A1 und A2

Mehr Informationen zur Interkulturellen Öffnung der Verwaltung, zur Charta der Vielfalt und zu rechtlichen Grundlagen, wie zum Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetz (AGG), zum Gleichbehandlungsgebot: Grundgesetz Art. 3 Abs.3, zum Sozialstaatsgebot: Grundgesetz Art. 20 Abs.1) finden Sie unter: www.bochum.de/integrationskonzept

Akteure aus dem Handlungsfeld Sport sehen die Chance, den Sport in Bochum noch mehr als bisher als Faktor der Zusammenführung der verschiedenen Kulturen der Gesellschaft zu nutzen. Sport hat das Potenzial, präventive und integrative Arbeit im Rahmen eines gesamtstädtischen Integrationskonzeptes zu leisten. Die integrative Kraft des Sports spiegelt sich bereits in den Bestandsaufnahmen der anderen Handlungsfelder wider. Sport verbindet, fördert das Miteinander und schafft Gemeinsamkeiten. Die Bedeutung des Sports als wichtigen Baustein zur Integration nutzen das Sportamt und der Stadtsportbund in Bochum bereits erfolgreich. Das Projekt „Sport- und Musikmobil“ ist ein Beispiel für gelungene Integrationsarbeit. Mit Bewegung, Gesten und Tönen kommt man sich jenseits des Verbalen näher, lernt sich kennen und verstehen.

Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer des im Jahr 2009 eingerichteten Fachforums Sport sehen aber auch noch weitere Herausforderungen für die sportliche und gesellschaftliche Entwicklung in den nächsten Jahren in Bochum: Hierzu gehört vor allem die Einbindung von Mädchen und jungen Frauen mit Zuwanderungsgeschichte in den Sport. Nur etwa ein Zehntel aller Mädchen und jungen Frauen mit Zuwanderungsgeschichte sind im organisierten Sport aktiv.

Des Weiteren ist die Auseinandersetzung mit Konflikten und Gewalt im Sport erforderlich. Dabei muss berücksichtigt werden, inwieweit Sport selbst Gewalt produziert oder von Gewalt betroffen ist und vor allem welche Sport- und Bewegungsangebote in der Jugend- und Schulsozialarbeit einen Beitrag zur Gewaltprävention leisten können.

Ärzte empfehlen Bewegung, denn wer sich nicht oder zu wenig bewegt, der gefährdet seine Gesundheit. Insbesondere Herz-Kreislaufkrankungen, Rückenprobleme und Diabetes sind bei Bewegungsmangel häufig zu finden. Auch aus diesem Grund ist die Teilhabe von Zuwanderern an sportlichen Aktivitäten unbedingt zu gewährleisten.

Die Akteure des Fachforums Sport fordern außerdem, dass alle Kinder in Bochum schwimmen lernen. Bis zu einem Viertel der Kinder eines Jahrgangs fehlen beim Eintritt in die weiterführende Schule Basisqualifikationen für das Schwimmen. Aufgrund des hohen Anteils der nicht sicher schwimmenden Kinder und Jugendlichen aus Zuwandererfamilien werben das Sportamt, der Stadtsportbund und die DLRG bereits seit Jahren dafür, die Schwimmerquote durch vielfältige Aktivitäten zu erhöhen.

Zukünftig sollte die Netzwerkarbeit sowohl bei Schwimm- als auch bei allen anderen Sportprojekten ein wesentlicher Bestandteil sein, da nur durch die Bündelung von Ressourcen aller an der Integrationsarbeit beteiligten Organisationen und Partner eine effektive Umsetzung der gesetzten Ziele möglich ist. Als Rahmenbedingungen spielen hierbei die Entwicklung von zielgruppenorientierten und nachhaltigen Angeboten, die Stärkung von interkulturellen Vermittlern und das Verstehen von Integration als wechselseitigem Prozess eine tragende Rolle.

Die Akteure des Fachforums Sport stimmten folgende Leitziele für die Integrationsarbeit in Bochum ab:

- Leitziel 1** Gleichberechtigte Teilhabe im Sport wird gewährleistet
- Leitziel 2** Schwimmfähigkeit für alle wird gesichert
- Leitziel 3** Erhöhung des Gesundheitsbewusstseins durch Sport wird realisiert

Exemplarische Indikatoren für den Sportbereich:

- Indikator 1 Anteil der Menschen mit Zuwanderungsgeschichte in ehrenamtlichen Funktionen in Sportvereinen (Trainerinnen und Trainer; Übungsleiterinnen und Übungsleiter).
- Indikator 2 Anteil der Menschen mit Zuwanderungsgeschichte in Sportvereinen (aufgeschlüsselt jeweils nach Mädchen und Jungen bis und über 18 Jahre).



**Integration
durch
Sport**

Mehr Informationen finden Sie unter:

www.bochum.de/integrationskonzept

Das vorliegende Konzept ist nicht das Endergebnis der Kooperation aller relevanten Akteure unserer Stadt. Es ist das Zwischenergebnis und die Richtungsvorgabe für die weitere interdisziplinäre und interinstitutionelle Zusammenarbeit.

Die zahlreichen Ansätze und Empfehlungen können nicht kurzfristig umgesetzt werden. Ihre Realisierung setzt enge Zusammenarbeit und strategische Steuerung in der Verwaltung voraus. Deshalb hat der Ausschuss für Migration und Integration (AMI) die Einrichtung einer Steuerungsgruppe zur Umsetzung der Konzeptionsziele beschlossen. Dieser Steuerungsgruppe gehören der gesamte Verwaltungsvorstand, vier Ratsmitglieder, vier gewählte Migranten aus dem AMI und als Geschäftsführerin die Integrationsbeauftragte der Stadt Bochum an.

Vornehmliche Aufgabe der Steuerungsgruppe wird es sein, die Vielzahl der im Konzept enthaltenen Ideen, Vorschläge und Empfehlungen nach Dringlichkeit und organisatorischer wie finanzieller Machbarkeit zu priorisieren und die Rahmenbedingungen für die schrittweise Verwirklichung der Ziele und Maßnahmen sicher zu stellen.

Der Prozess ist nach wie vor offen. Über das Integrationsbüro können weiterhin jederzeit Anregungen und Kritik zur Integrationspolitik in unserer Stadt an die Steuerungsgruppe herangetragen werden.



| | | | | | |
|----|--|----|---|----|---|
| 1 | Kursorisch übernommen aus: Krus-Bonazza, A., EinWanderführer, Bochum 2007, S.21 | 13 | a. a. O. | 28 | Fachforen Bildung, Sprachförderung, Beschäftigung, Wohnen und Kinder- und Jugendarbeit |
| 2 | Vgl. Artikel Ruhrpolen in Wikipedia, Internet - Enzyklopädie | 14 | a. a. O. | 29 | frei zitiert nach Schavan (2007); http://www.bmbf.de/de/411.php ; 16.09.2007, 10.35 Uhr |
| 3 | Kleinert, U.: Flüchtlinge und Wirtschaft in Nordrhein-Westfalen 1945-1961. Arbeitsmarkt - Gewerbe - Staat, Düsseldorf 1988, S. 27 | 15 | a. a. O. | 30 | s. S. 27 f. |
| 4 | Stadt Bochum, Statistisches Jahrbuch 2007, S. 20 (Deutsche und ausländische Bevölkerung seit 1955) | 16 | Damelang, A., Steinhardt, M.: Kurzdossier Focus Migration, Mai 2008, Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn 2008 | 31 | http://www.fes-online-akademie.de/modul.php?md=4&c=texte&id=32 , 21.08.08, 16.27 Uhr |
| 5 | Krus-Bonazza, A.: EinWanderführer, Bochum 2007, S. 22 | 17 | Heckmann, F.: Sport und die gesellschaftliche Integration von Minderheiten, in: Bammel, H. und Becker, H. (Redaktion). Sport und ausländische Mitbürger. Fachtagung der Friedrich-Ebert-Stiftung in Zusammenarbeit mit dem Deutschen Sportbund, Abteilung Wissenschaft und Bildung, vom 9. bis 11. November 1984 an der Gustav-Heinemann-Akademie in Freudenberg, Bonn 1985, S. 21-33 | 32 | s. S. 27 ff. |
| 6 | Zu der Bevölkerungsgruppe der Menschen mit Migrationshintergrund zählen neben den zugewanderten Ausländern und den in Deutschland geborenen Ausländern auch bestimmte Teile der Bevölkerung mit deutscher Staatsangehörigkeit. Dazu gehören beispielsweise eingebürgerte Ausländer oder Spätaussiedler mit persönlicher Migrationserfahrung sowie Kinder von Spätaussiedlern oder eingebürgerte Kinder von Ausländern, die keine eigene Migrationserfahrung haben“. Statement des Präsidenten des Statistischen Bundesamtes zum Mikrozensus 2005, S.7. Internetangebot des Statistischen Bundesamtes, www.destatis.de | 18 | Kursorisch nach Kemayou, Y.: „Das ist Integration, wenn man zusammen was erreichen will.“ Eine qualitative Untersuchung zum Sport als Mittel der Integration von Menschen mit Migrationshintergrund. Ein Beitrag zum Studierenden-Wettbewerb 2006 des Bundesministeriums des Innern: „Was kann Sport leisten? Sport als Mittel von Verständigung und Integration“, Paderborn 2006 | 33 | Anmerkung: Die Statistiken der Agenturen für Arbeit und der ARGEn differenzieren bis jetzt nur Deutsche und Ausländer. |
| 7 | Ebenda | 19 | Heckmann, F.: Bedingungen erfolgreicher Integration; Bayerisches Integrationsforum „Integration im Dialog - Migranten in Bayern“, Bayreuth 2005, S. 2 | 34 | Vgl. Sozialbericht der Stadt Bochum 2008, Stabsstelle Sozialplanung, S. 128 ff. |
| 8 | a. a. O., S. 8 | 20 | Auch im Wohnungssektor kann bisher nur der Status „Ausländer“ erfasst werden. | 35 | s. S. 28 f. |
| 9 | Statistisches Bundesamt: Bevölkerung und Erwerbstätigkeit, Bevölkerung mit Migrationshintergrund - Ergebnisse des Mikrozensus 2005 - Wiesbaden 2009 | 21 | Vgl. die vorhergehende Fußnote | 36 | Sozialbericht 2008, Stadt Bochum, Stabsstelle für Sozialplanung, S. 72 |
| 10 | Statement des Präsidenten des Statistischen Bundesamtes zum Mikrozensus 2005, S.7. Internetangebot des Statistischen Bundesamtes, www.destatis.de | 22 | Integrationskonzept für die Landeshauptstadt Wiesbaden, Wiesbaden Februar 2004, S. 10 ff. | 37 | Frese, M., Merschmann, N.: Gesundheit und Erwerbsbeteiligung, Statistische Analysen und Studien, Nordrhein-Westfalen 2007, Band 41, S. 3 (Hrsg.: Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik Nordrhein-Westfalen) |
| 11 | Eingebürgerte schneiden bei Arbeit, Einkommen und Bildung deutlich besser ab. In: 1. Integrationsbericht der NRW-Landesregierung, MGFFI, Düsseldorf 2008, S. 24 | 23 | Vgl. Fußnote 19, a. a. O., S. 3 | 38 | a. a. O., S. 6 |
| 12 | Materialien zur Konferenz auf den Internetseiten der Stadt Bochum unter: http://www.bochum.de/integrationsbuero/frame04.htm | 24 | Berliner Rede: Rede von Bundespräsident Johannes Rau im Haus der Kulturen der Welt, 12.05.2000, in: Internetauftritt der Bundespräsidenten, www.bundespraesident.de | 39 | Soziale Stadt NRW, Ministerium für Bauen und Verkehr des Landes Nordrhein-Westfalen, Dez. 2007, S. 58 |
| | | 25 | a. a. O., S. 2 f. | 40 | BKK Bundesverband Essen und Ethno-Medizinisches Zentrum Hannover (Hrsg.): Gesundheit Hand in Hand, Das deutsche Gesundheitssystem, Ein Wegweiser für Migrantinnen und Migranten, Juni 2008 |
| | | 26 | a. a. O., S. 15 | 41 | Ethno-Medizinisches Zentrum Hannover (Hrsg.): Gesundheit von Eltern und Kindern in NRW, Gesundheit erhalten durch Früherkennung, Förderung und Vorsorge, Ein Leitfaden für Zuwanderinnen und Zuwanderer in NRW, März 2009 |
| | | 27 | Vortrag, gehalten auf der 1. Integrationskonferenz der Stadt Bochum, 15.09.06, s. Internetauftritt der Stadt Bochum, Integrationsbüro / RAA, Integrationskonferenz | 42 | Landesverband der Volkshochschulen von NRW e.V. (Hrsg.): Handbuch für die Erwachsenenbildung: Interkulturalität im Verwaltungshandeln, Dortmund 2007 |

Fachforum Bildung

1. Einsatz von Integrationsmanagern
2. Installation eines trägerübergreifenden Arbeitskreises für z.B. Kindertagesstätten und Grundschulen zur interkulturellen Bildung und Erziehung
3. Ausbau der Eltern-Kind-Arbeit, der Projekte zur Elternbildung (Rucksackprojekt, Griffbereit, Elternschule, Stadtteilspielgruppen, Elterntreffs)
4. Einrichtung von interkulturellen Elterntreffpunkten
5. Ausbau der koordinierten Alphabetisierung in verschiedenen Sprachen
6. Förderung von Projekten zur Unterstützung beim Übergang zum Gymnasium und zur Realschule
7. Einrichtung und Ausbau von Selbstlernzentren
8. Förderung von Projekten zur Mehrsprachigkeit
9. Ausbau von Angeboten zur Verzahnung von Unterricht und Ganzttag
10. Crash-/Intensivkurse und Einzelförderung für Seiteneinsteiger
11. Qualifizierte Lehrerfortbildungen, z. B. für Deutsch als Zweitsprache und zur Interkulturellen Öffnung verbunden mit Organisationsentwicklung
12. Flächendeckender muttersprachlicher Unterricht an der eigenen Schule im Vormittagsbereich
13. Ausweitung der Sprachförderung durch Studierende
14. Ausbau des Projektes Integrationsfachkräfte in den Schulen
15. Benennung einer Kontaktperson für Integration an jeder Schule
16. Förderung von musisch-künstlerischer Erziehung mit interkulturellem Schwerpunkt
17. Erstellung eines interkulturellen Programms für niedrigschwellige Weiterbildungsangebote im Sinne lebenslangen Lernens
18. Einrichtung eines Interkulturellen Hauses als Begegnungs- und Bildungszentrum
19. Schaffung eines Netzwerkes von fremdsprachigen Beraterinnen und Beratern, Mediatorinnen und Mediatoren in allen Beratungs-, Bildungs-, Gesundheits- und Verwaltungsbereichen (Dolmetscherpool)

Bildung

Sprachförderung

Fachforum Sprachförderung

20. Entwicklung und Pflege eines Integrationsfahrplans für Neuzugewanderte
21. Schaffung eines Netzwerkes für Integrations- und Deutschkurse
22. Einrichtung einer Koordinierungsstelle für Sprachkursangebote
23. Ausbau des Sprachkursangebots auf den Niveaus B2 - C2
24. Entwicklung eines Projektes „Anschlüsse für Abschlüsse“
25. Wiedereinführung des Arbeitskreises Übergang Schule - Beruf
26. Einrichtung von Sprachförderangeboten für Personen mit Lerndefiziten
27. Etablierung einer Sprachförderung für Eltern
28. Entwicklung von Kampagnen zur Wertschätzung von Mehrsprachigkeit
29. Schaffung von Unterrichtsangeboten in der Muttersprache für Jugendliche und Erwachsene

Fachforum Beschäftigung

30. Förderung von Qualifizierungsmaßnahmen unter Berücksichtigung fachsprachlicher Aspekte
31. Einrichtung eines Runden Tisches „Integration durch Beschäftigung“ unter Federführung der Stadt Bochum
32. Aufbau und Pflege eines Mentorenprogrammes für Jugendliche
33. Verbesserung bestehender Bildungsvoraussetzungen durch allgemeine und fachlich qualifizierende Sprachkurse
34. Förderung von qualifizierenden Schulabschlüssen und fachlicher Weiterqualifizierung mit Projekten
35. Beschleunigung des Anerkennungsverfahrens; unbürokratische Bearbeitung der Anerkennung von Bildungs- und Berufsabschlüssen
36. Einrichtung lokaler Jobbörsen für mehrsprachige Personen; Sensibilisierung der Arbeitsvermittler zur Erkennung fachlicher Potenziale (evtl. Einsatz von Dolmetschern)
37. Einstellung einer/s Netzwerkmanagerin /-managers (One-Stop-Agency)

Beschäftigung

Fachforum Wohnen

38. Entscheidung über eine Priorisierung von Stadtquartieren oder eine flächendeckende Initiierung
39. Stärken-Schwächen-Analyse für die Auswahl von Stadtquartieren
40. Priorisierung von künftigen „Stadtumbau West-Gebieten“
41. Durchführung einer Stärken-Schwächen-Analyse in den ausgewählten Gebieten des „Stadtumbau West“
42. Einrichtung einer gesamtstädtischen Lenkungsgruppe mit Vertretern aus Politik und Verwaltung
43. Einrichtung von Stadtteilbüros mit Beteiligungsstruktur, Quartiersmanagement und Mieterbeiräten
44. Einrichtung bzw. Fortführung von Stadtteilkonferenzen
45. Einrichtung eines Quartiersbeirates und eines Quartiersfonds
46. Durchführung eines „Interkulturalitätschecks“ bei allen Maßnahmen
47. Erstellung einer Ist-Analyse im Quartier
48. Einrichtung von Quartiersmanagement
49. Aufbau von Netzwerken zur Koordination verschiedener Interessen und Bedarfe
50. Durchführung von Stadtteilstesten, Sprachkursen, Kulturveranstaltungen
51. Aktionstag Wohnungsmarkt
52. Mehrsprachige Mieterinformationen, Immobilienanzeigen, ...
53. Projekte zur Imageverbesserung (bestimmter) Quartiere
54. Treffpunkte zum Kennenlernen einrichten (Feste, ...)
55. Treffpunkte zur Konfliktbewältigung (Mieterbeiräte)
56. Info-Veranstaltung zur Quartiersentwicklung
57. Befragungen im Stadtteil zur Bedürfnisanalyse
58. Erschließung von Fördermöglichkeiten für die Schaffung von Räumlichkeiten zur Begegnung
59. Förderung alternativer Wohnformen
60. Einrichtung eines Umzugsmanagements, z.B. für ältere Menschen
61. Innovativer und flexibler Wohnungsbau
62. Organisation der Quartierspflege „aus einer Hand“
63. Kontinuierliche Modernisierung und Bestandspflege

Wohnen

Kinder und Jugendliche

Fachforum Arbeit mit Kindern und Jugendlichen

64. Beteiligung von Migrantenorganisationen an der Jugendhilfeplanung
65. Stärkere Ausrichtung der Angebote der Kinder- und Jugendarbeit an Kindern und Jugendlichen mit Zuwanderungsgeschichte
66. Verstärkung der geschlechterdifferenzierten Arbeit und Angebote für Jungen und Mädchen
67. Gewalt- und Konfliktlösungsprojekte
68. Einbindung der Migrantenorganisationen in den Jugendring
69. Sprachcamps für Kinder
70. Ausrichtung der internationalen Begegnung und Städtepartnerschaften auf die Herkunftsländer der Migranten
71. Förderung von Freizeiten mit Kindern und Jugendlichen aus unterschiedlichen Ethnien
72. Projekte für schulschwache Kinder und Jugendliche sowie Schulverweigerer
73. Nachhilfe für Kinder und Sprachförderung für Eltern und Kinder
74. Stärkung der Erziehungskompetenz der Eltern
75. Gezielte Elternarbeit durch muttersprachliche Angebote
76. Interkulturelle Öffnung der Jugendfreizeithäuser

Fachforum Kultur

77. Einrichtung von nachhaltigen "Medienrunden" zum Thema „Interkultur“ mit Vertretern der Medien
78. Verstärkung der Zusammenarbeit mit Journalistinnen und Journalisten mit Zuwanderungsgeschichte
79. Anfertigung von professionell produzierten interkulturellen mehrsprachigen Zeitungsbeilagen
80. Aufbau eines umfassenden Verteilers internationaler Medien und Publikationen durch die Pressestelle der Stadt
81. Die Stadt Bochum soll ihre Wertschätzung für die Bürgerinnen und Bürger mit Zuwanderungsgeschichte verstärkt durch offizielle Einladungen zu kulturellen Jubiläen und besonderen Ereignissen ausdrücken
82. Interkulturelle Aktivitäten mit stadtweiter, regionaler und landesweiter Bedeutung sollen im zentralen Informationsmedium der Stadt, dem Internetauftritt - möglichst mehrsprachig - veröffentlicht werden.
83. Einrichtung einer jährlichen "Interkulturbörse" (Infostände, Fachvorträge, Medienrunden, Programmaktivitäten)

Kultur

84. Einrichtung eines jährlichen Interkultur-Forums zum Austausch zwischen öffentlichen und freien Kulturträgern, Migrantenselbstorganisationen (MSO)
85. Ausbau der interkulturellen Programme in den öffentlich getragenen und geförderten Kultureinrichtungen
86. Entwicklung kulturpädagogischer Maßnahmen sowie von Kunst- und Kulturprojekten für die Zielgruppe „junge Migrantinnen und Migranten“ (Gewinnung von neuem Publikum für städtische Kultureinrichtungen)
87. Stärkung der Verantwortung der Bezirksvertretungen für interkulturelle Anliegen auf Stadtbezirksebene

Fachforum Seniorinnen und Senioren

88. Einrichtung von interkulturellen Treffpunkten in den Stadtteilen
89. Interkulturelle Öffnung der Wohnungswirtschaft in Bezug auf die Bedarfe an seniorengerechtem Wohnraum für Menschen mit Zuwanderungsgeschichte
90. Muttersprachliche Information, Beratung und Begleitung von älteren Menschen mit Zuwanderungsgeschichte und deren Familien zum Gesundheitssystem und Leistungsanspruch
91. Interkulturelle Öffnung der Altenhilfeeinrichtungen mit ihren Strukturen/Netzwerken
92. Unterstützung der Netzwerke von Migrantinnen und Migranten in Bezug auf deren pflegerische Versorgung
93. Beteiligung der Migrantenselbstorganisationen (MSOs) und interessierter Seniorinnen und Senioren mit Zuwanderungsgeschichte an den bestehenden, für Seniorinnen und Senioren relevanten kommunalen Gremien und Netzwerken
94. Förderung kultursensibler und generationenübergreifender Projekte von MSOs, z.B. „Zentrum kreativer Entwicklung für Kinder“, initiiert von Senioren mit Zuwanderungsgeschichte

Fachforum Gesundheit

95. Bereitstellung eines Info-Koffers zu den Themen „Gesundheitssystem in Bochum“ und „Gesundheitsdienste in Bochum“
96. Vernetzung der Fachfrauen und Fachmänner im Gesundheitsbereich
97. Stadtteilbezogene Informationsveranstaltungen
98. Mehrsprachige Broschüren
99. Muttersprachliche Betreuung durch Gesundheitslotsinnen und -lotsen
100. Spezielle Themen für Mütter und Frauen

Stadtverwaltung

Fachforum Interkulturelle Öffnung der Stadtverwaltung Bochum

101. Entwicklung und Durchführung einer Werbekampagne zur Gewinnung von Personal mit Zuwanderungsgeschichte
102. Entwicklung einer Befragung zur Ermittlung des Personals mit Zuwanderungsgeschichte
103. Angebote zur kontinuierlichen Qualifizierung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in interkultureller Kompetenz

Fachforum Sport

Sport

104. Bildung eines Netzwerks aus Integrationsbüro / RAA, Migrantenselbstorganisationen, dem Stadtsportbund und dem Bildungswerk und Verlinkung des Portals des Integrationsbüros mit der Stadtsportbund-Vereinssuche, den Homepages des Bildungswerks, weiterer gemeinnütziger Sportanbieter und von Migrantenselbstorganisationen
105. Interkulturelle Qualifizierung von mindestens einer Betreuungsperson aus jedem Sportverein und aus jeder Sportfachschaft der Schulen zum Multiplikator
106. Einsatz von interkulturellen Mediatoren zur Erhöhung der Akzeptanz von Vorschulschwimmunterricht bei Eltern und Erzieherinnen von Kindern im Alter von vier bis sechs Jahren und Verteilung von Flyern mit den Adressen und Telefonnummern der Ansprechpartner der Vereine und Organisationen, die Vorschulschwimmen anbieten
107. Ausbildung von Migrantinnen und Migranten zu Übungsleiterinnen und Übungsleitern und deren Einsatz als Multiplikatorinnen und Multiplikatoren
108. Öffentlichkeitswirksames Auszeichnen von Kindergärten und Schulen, die beim Übergang zur Grundschule bzw. zur weiterführenden Schule die meisten Schwimmer oder die meisten Sportabzeichenträger ausgebildet haben
109. Auslegen der Druckversion des Verzeichnisses des Stadtsportbunds mit den Adressen der rund 400 Bochumer Sportvereine an ausgewählten Orten, die von Migrantinnen und Migranten frequentiert werden
110. Steigerung der Rettungsfähigkeit der Lehrkräfte durch Fortbildungen
111. Verbindliche Teilnahme aller Schülerinnen und Schüler am Schwimmunterricht und Erwerb der Schwimmbabzeichen
112. Einbindung der DLRG und der Vereine in den Schwimmunterricht der Schulen
113. Direkte Ansprache der Migrantenvereine und Aufbau von Kooperationen
114. Erweiterung der Förderkriterien der Stadt Bochum und gezielte Förderung der Vereine mit einem hohen Migrantenanteil
115. Abgleich des vorhandenen Sportangebots mit dem spezifisch von Migrantinnen und Migranten gewünschten Sportangebot und Berücksichtigung der Bedürfnisse
116. Erhöhung der Hallenkapazitäten für Mutter-Kind-Gruppen

1. Integrationsbericht der NRW-Landesregierung, Ministerium für Generationen, Familie, Frauen und Integration, Düsseldorf 2008

Anderson, P. Untersuchung zur Lebenssituation älterer Migrantinnen und Migranten in München, Stadt München 2008

Artikel „Integration (Soziologie)“ in: Wikipedia, Internet Enzyklopädie, 18.11.08, 12.49 Uhr

Artikel „One-Stop-Shop“ in: Wikipedia, Internet Enzyklopädie, 18.11.08, 12.49 Uhr

Artikel „Ruhrpolen“ in: Wikipedia, Internet Enzyklopädie, 18.11.08, 12.49 Uhr

Berliner Rede: Rede von Bundespräsident Johannes Rau im Haus der Kulturen der Welt, 12.05.2000, in: Internetauftritt der Bundespräsidenten, [http://www.bundespraesident.de/dokumente/-, 2.11961/Rede/dokument.htm](http://www.bundespraesident.de/dokumente/-,2.11961/Rede/dokument.htm)

Blaschke, G.: Interkulturelle Erziehung in der frühen Kindheit. Grundlagen - Konzepte - Qualität; Logos Verlag, Berlin 2006

Blossfeld, H.-P.; Bos, W.; Lenzen, D.; Müller-Böling, D.; Oelkers, J.; Prenzel, M.; Wößmann, L.: Bildungsgerechtigkeit - Jahresgutachten 2007; VS Verlag für Sozialwissenschaften / GWV Fachverlage GmbH, Wiesbaden 2007

Boos-Nünning, U., Karakasoglu, Y.: Viele Welten leben. Zur Lebenssituation von Mädchen und jungen Frauen mit Migrationshintergrund, Münster 2005

Bothmer, H. von; Faulstich-Wieland, H.; Hellert, U.; Hölscher, P.; Laewen, H. J.; Loebe, H.; Münchmeier, R.; Röbe, E.: Förderung von Chancengleichheit. Bericht der Expertengruppe des Forums Bildung, in: Expertenberichte des Forums Bildung; Arbeitsstab Forum Bildung in der Geschäftsstelle der Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung und Forschungsförderung (Hrsg.), Bonn 2002

http://www.bmbf.de/pub/studie_foerderung_migration.pdf

Brockmann, St.: Diversität und Vielfalt im Vorschulbereich. Zu interkulturellen und antirassistischen Ansätzen; Schriftenreihe des interdisziplinären Zentrums für Bildung und Kommunikation in Migrationsprozessen (IBKM); BIS-Verlag: Oldenburg 2006

Damelang, A., Steinhardt, M.: Kurzdossier Focus Migration, Mai 2008, Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn 2008

Diefenbach, H.: Kinder und Jugendliche aus Migrantenfamilien im deutschen Bildungssystem. Erklärungen und empirische Befunde; 1. Auflage; VS Verlag für Sozialwissenschaften / GWV Fachverlage GmbH, Wiesbaden 2007

Dokumentation Auftaktveranstaltung Masterplan Integration, Stadt Dortmund 2006

Ein Bündnis für Integration, Stadt Stuttgart 2001, aktualisierte Fassung 2004

Eppenstein, T., Krummacher, M., Zacharaki, I. (Hrsg.): Praxishandbuch interkulturelle Kompetenz, Schwalbach / Taunus 2007

Esser, H.: Soziologie, spezielle Grundlagen, Die Konstruktion der Gesellschaft; Frankfurt / Main 2000

Esser H.: Integration und ethnische Schichtung, Arbeitspapiere, Mannheimer Zentrum für Europäische Sozialforschung Nr. 40, Mannheim 2001

Filtzinger, O.: Interkulturelle Erziehung und Bildung, in: Fried, L. & Roux, S. (Hrsg.): Pädagogik der frühen Kindheit. Handbuch und Nachschlagewerk; 1. Auflage; Beltz Verlag: Weinheim und Basel 2006

Frese, M., Merschmann, N.: Gesundheit und Erwerbsbeteiligung, Statistische Analysen und Studien, Nordrhein-Westfalen 2007, Band 41 (Hrsg.: Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik Nordrhein-Westfalen)

BKK Bundesverband Essen und Ethno-Medizinisches Zentrum Hannover (Hrsg.): Gesundheit Hand in Hand, Das deutsche Gesundheitssystem, Ein Wegweiser für Migrantinnen und Migranten, Juni 2008

Ethno-Medizinisches Zentrum Hannover (Hrsg.): Gesundheit von Eltern und Kindern in NRW, Gesundheit erhalten durch Früherkennung, Förderung und Vorsorge, Ein Leitfaden für Zuwanderinnen und Zuwanderer in NRW, März 2009

Gogolin, I.: Gleiche Bildungschancen für Kinder mit Migrationshintergrund - möglich auch in Deutschland? In: Förderung von Migranten und Migrantinnen im Elementar- und Primarbereich. Fachtagung am 7. März 2003 in Berlin. Dokumentation; Beauftragter der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration (Hrsg.); Bonner Universitäts-Buchdruckerei, Bonn 2003

Hamburger Handlungskonzept zur Integration von Zuwanderern, Freie und Hansestadt Hamburg, 12/2006, aktualisierte Fassung 2007

Heckmann, F.: Sport und die gesellschaftliche Integration von Minderheiten, in: Bammel, H. und Becker, H. (Redaktion). Sport und ausländische Mitbürger. Fachtagung der Friedrich-Ebert-Stiftung in Zusammenarbeit mit dem Deutschen Sportbund, Abteilung Wissenschaft und Bildung, vom 9. bis 11. November 1984 an der Gustav-Heinemann-Akademie in Freudenberg, Bonn 1985

Heckmann, F.: Ethnische Minderheit, Volk und Nation. Stuttgart 1993

Heckmann, F.: Bedingungen erfolgreicher Integration; Bayerisches Integrationsforum „Integration im Dialog - Migranten in Bayern“, Bayreuth 2005

Integrationskonzept für die Landeshauptstadt Wiesbaden, Wiesbaden 2004

Kemayou, Y.: „Das ist Integration, wenn man zusammen was erreichen will.“ Ein Beitrag zum Studierenden-Wettbewerb 2006 des Bundesministeriums des Innern: „Was kann Sport leisten? Sport als Mittel von Verständigung und Integration“, Paderborn 2006

<http://www.kinderaerzte-lippe.de/Integration-Kultur.htm>

Kleinert, U.: Flüchtlinge und Wirtschaft in Nordrhein-Westfalen 1945-1961. Arbeitsmarkt - Gewerbe - Staat, Düsseldorf 1988.

Knowles, M. S.; Holton III, E. F.; Swanson, R. A.: Lebenslanges Lernen. Andragogik und Erwachsenenlernen; 6. Auflage; Jäger, R. S. (Hrsg.); Spektrum Akademischer Verlag Elsevier GmbH, München 2007

Krüger-Potratz, M.: Interkulturelle Bildung. Eine Einführung; Waxmann Verlag GmbH, Münster 2005

Krummacher, M., Kulbach, R.: Integration und interkulturelle Arbeit in der Stadt Essen. Reihe FESA-TRANSFER Band 18, Evangelische Fachhochschule Bochum, Bochum 2007

Krus-Bonazza, A., EinWanderführer, Stadt Bochum, Bochum 2007

Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik NRW (LDS),
Presseerklärung 20.07.2005. in:
http://www.lids.nrw.de/presse/pressemitteilungen/2005/pres_117_05.html

Laschet, A.: Rede des Ministers für Generationen, Familie, Frauen und Integration des Landes Nordrhein-Westfalen Herrn Armin Laschet anlässlich der Hauptauschusssitzung der Landesarbeitsgemeinschaft der kommunalen Migrantenvertretungen NRW (LAGA NRW) am 12. November 2005 in Eschweiler

http://www.mbwjk.rlp.de/fileadmin/Dateien/Downloads/Jugend/sprache_foerdern_vortrag.pdf

http://www.migrationsrat.de/themen/bil-dung_104_muttersprache_riza.htm

Projekt KOALA NRW - Hauptstelle RAA NRW; nach einem Konzept von Berrin Nakipoglu-Schimang, Staatliches Schulamt Frankfurt/Main Fachberaterzentrum „Unterricht für Kinder ausländischer Herkunft“

Richtlinien und Lehrpläne MUSIK NRW. Kultusminister des Landes NRW, Düsseldorf 1993

Schnabel, M.: Theorie und Praxis der Eltern-Kind-Gruppenarbeit. Stockdorf 1990

<http://www.schulministerium.nrw.de/BP/Unterricht/Faecher/Fremdsprachen/FAQMU/ZieleMU.html>

Schweitzer, F.: Bildung und Gerechtigkeit - oder: Was ist unter Bildungsgerechtigkeit zu verstehen. In: Fischer, D. & Eisenbast, V. (Hrsg.): Zur Gerechtigkeit im Bildungssystem; Waxmann Verlag GmbH, Münster 2006

Sozialbericht der Stadt Bochum 2005, Stabsstelle Sozialplanung, Bochum 2005

Sozialbericht der Stadt Bochum 2008, Stabsstelle Sozialplanung, Bochum 2008

Soziale Stadt NRW, Ministerium für Bauen und Verkehr des Landes Nordrhein-Westfalen, Dez. 2007, S. 58

Statement des Präsidenten des Statistischen Bundesamtes zum Mikrozensus 2005, Internetangebot des Statistischen Bundesamtes, www.destatis.de/

Statistisches Bundesamt, Bevölkerung und Erwerbstätigkeit, Bevölkerung mit Migrationshintergrund - Ergebnisse des Mikrozensus 2005 - Wiesbaden 2009

Stadt Bochum, Amt für Statistik: Statistisches Jahrbuch der Stadt Bochum 2007

Stimmer, F.: Lexikon der Sozialpädagogik und der Sozialarbeit; Oldenbourg Verlag GmbH, München 1994

Väljjarvi, J.: Chancengleichheit und Bildung in der finnischen Schule in: Fischer, D. & Eisenbast, V. (Hrsg.): Zur Gerechtigkeit im Bildungssystem; Waxmann Verlag GmbH, Münster 2006

<http://www.wegweiserdemographie.de/demowandel/datenausgabe>

<http://www.via-bochum.de/zusaetzliche.htm#jobplus>

Westphal, M.: Frauen und Zuwanderungsgeschichte, in: Wir Frauen in NRW, Heft 2/2006, Ministerium für Generationen, Familie, Frauen und Integration NRW, Düsseldorf 2006



Integrationsbüro
Willy-Brandt-Platz 2-6, 44787 Bochum
<http://www.bochum.de/integrationsbuero>
amt04@bochum.de

Impressum

Herausgeber

Stadt Bochum
Die Oberbürgermeisterin

Integrationsbüro

Gestaltung

Presse- und Informationsamt

Druck

Zentrale Dienste

März 2013
2. Auflage

